

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands (Sitz Hamburg)
 Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint jeden Sonnabd. Monatsbezugspreis 50 Pf. (ohne Bestellgeld). Zu bezieh. durch alle Postanstalten • Anzeigenpreis: Nach Tarif der Inseraten-Union GmbH., Berlin SW 68
 Herausg.: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschl., Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St. • Anzeigen aus den Zahlstellen die vierspaltene Petitzelle 50 Pf.

Gegen den Rattenfänger von Braunau

In diesen Tagen hat der Dietz-Verlag eine besonders wirksame, von Anton Erkelenz verfaßte Broschüre herausgegeben. Die Schrift trägt den Titel: „Der Rattenfänger von Braunau.“ Der Verfasser ist im politischen Leben kein Unbekannter. Jahrzehntlang war er Führer der bürgerlichen Demokratie und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. Aus der politischen Entwicklung hat Erkelenz die einzig richtige Konsequenz gezogen; er ist 1930 zur Sozialdemokratie übergetreten!

In der trefflichen, jetzt gerade besonders zeitgemäßen Schrift wendet sich der Verfasser an zwei große politische Gruppen: an die jungen Wähler und an das Bürgertum. Beiden legt er in wirksamer Weise die wahren Ziele der Hitlerei dar. Es ist die politische Rattenfängerei, gegen die sich Erkelenz wendet und über die er die Wählermassen aufklären will. Es ist eine wirksame Abrechnung mit der Reaktion, die Erkelenz in der kleinen Schrift vornimmt. Wir lassen hier einige Proben folgen: Nun haben sie wieder Mut! Ende 1918 saßen sie im Heldenkeller oder reisten mit blauen Brillen ins Ausland oder wurden Mitglieder der damals starken Demokratischen Partei. Kurzum: alle diejenigen, die den Krieg hatten verlieren helfen, entweder durch phrasenhaftes Geschrei oder durch Kriegsgewinne aller Art oder durch Begeisterung für den U-Boot-Krieg, für die Vaterlandspartei oder das Dreiklassenwahlrecht, heute sind sie wieder obenauf.

Vierzehn Jahre haben sie gebraucht, um den Berg ihres Selbstbewußtseins, von dem sie 1918 herabgepurzelt waren, wieder heraufzukraxeln. Erst als die Weltwirtschaftskrise, die Arbeitslosigkeit von mehr als sechs Millionen Menschen, die Reparationskrise usw. Millionen in Verwirrung gebracht, atmeten die großen Herren von einst auf. Und wahrscheinlich hätten sie es noch nicht gewagt, wenn nicht der Gefreite Adolf Hitler die Unzufriedenen, die Irreführten, die geistig Unklaren zusammengetrommelt hätte. Ein politischer Rattenfänger von Hameln. Und das ist das Witzigste bei der Sache: wieviele verkrachte Adlige, enterbte Großgrundbesitzer, verarmte Kleinrentner, arbeitslose Intellektuelle, ent-

täuschte Anwärter auf gute Posten, überflüssig gewordene — aber doch meist gut pensionierte — Offiziere, schwerindustrielle Syndizi, verjagte Fürsten und Kaisersöhne es auch in

kann. Denn alle diese Menschen, die in der braunen Garde das „viel Volk“ ausmachen, müßten eigentlich mit uns kämpfen.

Sie kämpfen, wie sie glauben, für

**In diesem Zeichen
müssen wir siegen
weil unsere Kinder
leben wollen!**



Wählt Liste 1, Sozialdemokraten!

der braunen Garde gibt, ohne eine große Zahl von Angestellten, Beamten, Mittelständlern, auch Arbeitern, bestände diese nationalsozialistische Bewegung nur aus ein paar kümmerlichen Ersatzbataillonen alter lahmer Krieger von anno Tobak. Wofür glauben diese Angestellten, Beamten, Mittelständler, Arbeiter bei Adolf zu kämpfen? Eine ernste Frage, die man nicht mit einer Handbewegung abtun

die nationale Freiheit, für die Freiheit und Selbständigkeit des Volkes. Sie wollen die Bedrückungen der Friedensverträge beseitigen.

Nun — wer hat uns den Krieg, den Friedensvertrag gebracht? Die herrschende Klasse von vor 1914, an der Spitze Wilhelm II. und seine heute als Pg. marschierenden Söhne! Dazu die Januschauer, die Gayls, die Tirpitze, die Hugenberge, die Helfferiche, kurz-

um alle diejenigen, die heute in der braunen Armee der Rahm auf der Milch sind. Kein namhafter Republikaner, erst recht kein Sozialdemokrat hat den Kriegsausbruch mit zu verantworten.

Wer hat den Krieg verloren? Die Gesellschaft, die ihn uns eingebrockt hat.

Wer hat im Kriege geblutet? Keine Gruppe des Volkes hat soviel Tote, soviel Verwundete gestellt wie diejenigen, die sich von Oktober 1918 an in die Bresche warfen, als alles zusammenbrach: die Republikaner, die Sozialdemokratie. Mindesten drei Viertel aller Toten, Verwundeten, Vermißten gehören oder gehörten zu uns.

Das System unserer Arbeit war uns durch den Zusammenbruch vorgeschrieben. Die Monarchie war verschwunden. Die Republik einte die Nation in der schwersten Stunde ihrer Geschichte. Es galt, das Reich zu retten, und wir retteten es. Es galt, den Bürgerkrieg zu vermeiden, und wir vermieden ihn. Es galt, dem Volke wieder Glauben und Zukunftshoffnung zu geben. Wir gaben sie ihm aus unserm nie erschütterten Glauben an die heilende und zusammenfassende Kraft der Demokratie. Wir wehrten unerhörte Eingriffe, Drangsale der früheren Kriegsgegner ab. Hundertmal in seiner Geschichte haben Fürsten, Diplomaten, Militärs Deutschland ruiniert. Ebensooft hat der Fleiß, die Ausdauer, die Geschicklichkeit, die Entbehrung der breiten Volksmassen Deutschland wieder zu Einfluß, Macht und Ansehen geführt. Wo ist eure Leistung? Ihr seid Nachläufer, Nachbeter, Schwächlinge im Geiste.

Zur Leistung muß aber noch etwas hinzutreten. Die Engländer haben nicht bloß deshalb ein Jahrhundert lang die Welt beherrscht, weil sie Maschinen bauten, Baumwolle verkauften usw. Sie hatten eine Art zu leben, eine Art, die Menschen zu behandeln, eine Art zu herrschen, die andere Völker zu begeisterten Anhängern und Nachahmern ihres Systems machten. Das waren so etwas wie politische Vitamine, unwägbare Bestandteile des Nationalcharakters. Der preußische Junker, der Hinterwäldler aus Pommern und Ostpreußen, der Gutsbezirksvor-

Ehrenpflicht aller Zahlstellen-Funktionäre und Kolporteurs muß es sein, die vorliegende Nummer des „Zimmerer“ pünktlich und gewissenhaft zu verbreiten!

steher aus Pyritz an der Knatter hatte und hat diese politischen Vitamine nicht. Bei ihm riecht es nach Asien. Glaubt ihr, Kanonen, Gewehre, Säbel seien Waffen der Liebe, der Freundschaft, der Kameradschaft, der Zivillisation? Eure Gesinnung der Gewalttätigkeit ist unbewußtes Erbe des ostelbischen Junkergeistes.

Nur die Demokratie erzieht zu jener Kultur der Gesinnung, die wir oben die Vitamine der Politik nannten. . . Ihr unseligen Werkzeuge des geistigen Hochmuts, der Junkerkaste wollt Deutschland wieder zum Eldorado der Knechtsgesinnung machen.

Erkelenz schließt diesen eindrucksvollen Mahnruf an das Bürgertum und

die indifferenten Wählermassen mit den nachfolgenden Sätzen: Der Siegeszug der Demokratie ist unaufhaltsam. Die Unterwelt hat den Weg zum Licht nicht aufhalten können. Auch die braunen Dunkelkammer können es nicht. Wir wollen die Demokratie erweitern. Soviel Schafe kann es nicht in der Welt geben, daß sie sich dauernd zum Schlachten drängen. Die Nacht geht vorüber. Der neue Tag kommt. Der Bahn, der kühnen, folgen wir, die uns geführt Lassalle! Weiter zur Vollendung der Demokratie. Von der Demokratie und über die Demokratie zum Sozialismus, zur neuen Gesellschaft. Eine neue Entscheidungsschlacht steht bevor!

Die „Arbeiterführer“ der Prinzenpartei

Der Nationalsozialistischen Deutschen „Arbeiter“-Partei Adolph Hitlers gehören als Mitglieder oder Freunde folgende Schwerstarbeiter an:

Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen, Prinz August Wilhelm von Preußen, Herzog Eduard von Coburg, Prinz Friedrich von Schaumburg-Lippe, Prinz Friedrich von Waldeck, Prinz Arenberg, Prinz Franz von Thurn und Taxis, Prinzessin von Meiningen, Prinzessin Reuß, Erbprinz Leopold von Coburg, Prinz Alexander von Preußen, Fürst Starhemberg, Fürst Eulenburg-Liebenberg, Graf zu Reventlow, Graf Schwerin, Graf Sprei, Graf Helldorf, Graf Solms-Laubach, Graf von Kleist, Graf d' Moulin-Eckart, Graf Reischach, Freiherr von Eltz-Rübenach, Freiherr von Wangenheim, Freiherr von der Goltz, Freiherr von Butlar, Großgrundbesitzer von Heihndahl, Großgrundbesitzer von Corswant-Cuntzow, General von Litzmann, General von Liebert, General Ritter von Epp, General Freiherr von Geisingen, Oberst Hierl, Oberst Haselmayer.

Damit ist die Liste der „Schwerstarbeiter“ der „Arbeiter“-Partei noch nicht erschöpft. Die Zahl der blaublütigen „von und zu“, das ganze Geschmeiß, das jahrhundertlang am Mark des arbeitenden Volkes zehrte, ist heute Mitglied in der famosen „Arbeiter“-Partei. Aber nicht genug damit; auch die Großindu-

strie hat ihre Führer in die „Arbeiter“-Partei des Schückgruber-Adolf entsandt. Thyssen, Borsig und Tausende ausgesprochene Arbeiterfeinde und stockfinstere Reaktionen jubilierten dem Oraf zu. Alle die großen und kleinen Gauner, die abgefemteten Volksbetrüger haben sich in der „Arbeiter“-Partei vereinigt, um ihren „Sozialismus“ zu verwirklichen.

Im vergangenen Reichstag waren die Nationalsozialisten mit 107 Abgeordneten vertreten, davon waren 33 Großgrundbesitzer, Fabrikanten und Kaufleute, 31 höhere und mittlere Beamte, 19 Anwälte, Aerzte und freie Berufe, 9 pensionierte Offiziere, 8 Angestellte und nur 7 Arbeiter.

Im neugewählten Bayrischen Landtag sitzen 43 nationalsozialistische Abgeordnete. Ein einziger davon ist Arbeiter; auch das neugewählte oldenburgische Parlament hat unter 19 nationalsozialistischen Abgeordneten nur einen Arbeiter aufzuweisen.

Kein Wunder, daß dieser Partei die wiedererlaubte Kakaolivee wichtiger ist als die Unterstützung der Arbeitslosen und als die Renten der Kriegsoffer, deren Kürzung durch die letzte Notverordnung sie infolge ihrer Tolerierungspolitik ermöglichten. Eine solche Partei der Fürsten und Grafen will mit der Arbeiterschaft nichts zu tun haben, als sie nur zum Stimmvieh zu gebrauchen. Wir müssen diesem Gesindel am 31. Juli die verdiente Antwort geben.

Mitbestimmungsrecht des Volkes beseitigt, ist die verschleierte oder offene Diktatur erreicht, so werden die Faschisten mit rücksichtsloser Gewalt ihre weiteren Pläne durchzusetzen versuchen. In der Außenpolitik wollen sie den Bruch der Verträge mit den andern Mächten, sie sprechen schon jetzt offen aus, daß sie auf einen neuen Krieg lossteuern, sie wollen ihn durch militärische Aufrüstung — auf Kosten der Steuerzahler — und durch Wiedereinführung der Militärdienstpflicht vorbereiten. Für die Jugend hat die Reaktion die Arbeitsdienstpflicht im Sinne militärisch geleiteter Zwangsarbeit vorgesehen. Wiederum soll die Jugend auf den Schlachtfeldern als Kanonenfutter für das Kapital sterben.

Das im Bunde mit Nationalsozialisten und Deutschnationalen stehende reaktionäre Unternehmertum richtet seinen Hauptangriff in wirtschaftlicher Hinsicht gegen das Schlichtungswesen und die Tarifvertragsordnung. Beides sind vom Standpunkte des Arbeitnehmers aus gesehen wichtige Revolutionserregenschaften, die wir in erster Linie den freien Gewerkschaften zu verdanken haben. Da das Tarifvertragswesen dem Arbeitnehmer bei Erlangung eines ausreichenden Lohnes Schutz gewährt und einer willkürlichen Lohnherabsetzung seitens der Unternehmer vorbeugt, da zu allem Ueberfluß der Proletarier unter Schutz der freien Gewerkschaften vor den modern ausgestatteten Arbeitsgerichten auf Erfüllung seines Arbeits-

rechts klagen kann, da weiter der Unternehmer in den mittleren und größeren Betrieben auch noch die gesetzlichen Rechte des Betriebsrats respektieren muß und er keinerlei Handhabe gegen restlosen gewerkschaftlichen Zusammenschluß seiner Arbeiter hat, will die Reaktion mit diesen staatsbürgerlichen Freiheiten und Rechten der Arbeiterschaft gründlichst aufräumen. Der Kapitalist will wieder schrankenlos Herr im Betrieb sein und möglichst dem einzelstehenden, von seiner Gewerkschaft nicht geschützten Arbeitnehmer den Lohn und die Arbeitsbedingungen aufzwingen.

Endlich will die Reaktion die Sozialversicherung, die an sich schon stark eingeschränkt ist, zerschlagen, denn sie schützt den Arbeitnehmer vor Verelendung und sichert der proletarischen Klasse eine gewisse Lebenshöhe. Daß dafür die Unternehmer auch einen bescheidenen Anteil an den Sozialversicherungsbeiträgen zu zahlen haben, bezeichnen sie frech als einen „staatlich genehmigten Raub“. Die 1927 gegen die reaktionären Parteien geschaffene Arbeitslosenversicherung soll nach dem Willen der Rückschrittler beseitigt werden. Wer arbeitslos ist, soll von unzureichender Armenunterstützung leben, die viele Arbeiter in der Krisenzeit zwingen würde, für jeden Schandlohn Beschäftigung anzunehmen. Auch die Bezüge der Invaliden- und Knappschaftsversicherung, die ohne-

hin schon recht gering sind, sollen gesenkt werden.

Andererseits soll durch hohe Zölle auf Lebensmittel, die die proletarische Lebenshaltung verteuern, den Großagrariern ein Sondergeschenk gemacht werden. An eine Senkung der Lohnsteuer denken die Unternehmer und ihre Parteien nicht; sie wollen allein eine Herabsetzung der von den Besitzenden und Unternehmern zu zahlenden Steuern.

Dies ist nur ein höchst unvollkommenes Bild über die politischen und wirtschaftlichen Absichten der Reaktion. Ist die Arbeiterschaft der Reaktion wehrlos ausgeliefert?

Nein, sie ist es nicht, wenn sie sich in dieser krisenschwangeren Zeit fest in den Gewerkschaften zusammenschließt! Wer jetzt im Kampf allein dasteht, der ist verloren, über den geht die Dampfwalze des Rückschritts erbarmungslos hinweg. Aber die organisierten und kampfbereiten Massen der freien Gewerkschaft bilden den Wall des Widerstandes gegen die Reaktion und ihre naziotischen Spießgesellen.

Auch der jüngste Kamerad im Verband ist unser Kampfgefährte, auf den wir rechnen. Sie werden uns nicht zwingen, die Reaktion wird ihre Pläne nicht durchsetzen, wenn wir einig sind in der proletarischen Kampfgemeinschaft! Ha.

Die Eiserne Front im Wahlkampf

Der Kampf für die Reichstagswahlen nähert sich seinem Höhepunkt. Die Formationen der Eisernen Front — Reichsbanner, Hammerschaften, Arbeitersportler — sind in diesen Tagen bis zum letzten Mann mobilisiert, um die Propaganda der Eisernen Front bis aufs letzte Dorf hinauszutragen. All diese Kämpfer wissen, warum es in diesem Kampf des Volksrechts gegen Herrenrecht geht. Die Grundlagen der Demokratie müssen erhalten werden, ein regierungsfähiger Reichstag aus den Wahlen des 31. Juli hervorgehen, soll die geschäftsführende Regierung Gayl-Papen-Schleicher zum Verschwinden gebracht werden.

Alle Kräfte sind eingesetzt. Tag für Tag geht es in Tausenden von kleinen Agitationsgruppen hinaus aufs Land. Kein Dorf, kein noch so kleiner Ort bleibt unberücksichtigt; überallhin dringen die Propagandaschriften der Eisernen Front, die für Freiheit werben, Lastautokolonnen machen von den größeren Zentren aus tagtäglich große Propagandafahrten. In den Großstädten und Industriegebieten reiht sich eine Demonstration, eine Kundgebung, ein Aufmarsch an den andern. Auch das Demonstrationsverbot der Reichsregierung wird unsere Aufklärungs-

arbeit nicht unterbinden können. Keine Mühe, kein Opfer, keine Lasten werden gescheut. Unter den Bannern der Republik und den Freiheitsfahnen der Eisernen Front drei Pfeile wird um die Entscheidung gerungen.

Aber dieser Kampf ist selbst bei dem großen Opferwillen und der hingebungsvollen Selbstlosigkeit der Kämpfer der Eisernen Front nur zu führen, wenn auch genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Die in den Parteien, in den Gewerkschaften und im Reichsbanner organisierten Mitglieder haben in den letzten Monaten neben ihrer Arbeit immer und immer wieder auch neue materielle Opfer gebracht.

Noch nicht geopfert aber hat so mancher, der mit Begeisterung die Berichte von der vorstürmenden Arbeit der Eisernen Front tagtäglich liest. An ihn geht der Appell: Tu deine Pflicht, hilf im Rahmen deiner Möglichkeiten denen, die ihr Leben und ihre Arbeitskraft einsetzen, diesen Kampf durchzuführen. Bedenke, wieviel auf dem Spiel steht und wie gering das Opfer ist, das von dir für die gemeinsame Sache verlangt wird!

Kauft die Freiheitsopfer-Marken der Eisernen Front!

Vom Lügensystem der Nazis

Ein System haben die Nazis ausgebildet wie niemals eine Partei zuvor, solange die Welt besteht. Ein System, so ausgeklügelt, so kompliziert, so verdreht und gekünstelt: das Lügensystem. Hier sind sie Meister. Ihre Setzmaschinen können nicht streiken, ihre Druckwalzen haben keine Hemmungen und das Papier ihrer Zeitungen wirft keine Blasen; sie sind gehorsame Sklaven der Nazilügen. Ebenso gehorsam sind ihre menschlichen Mamelucken, die SA-Leute. Was einer der Führer unter krampfhaften Maulverrenkungen an Worten ausspeit, sind kostbare Wahrheiten, und seien es auch noch so dicke Lügengewebe. Die SA wacht darüber, daß keiner diese Führer-„Wahrheiten“ erschütter. Sie ist dumm genug, um alles zu glauben, was die Führer erzählen. Sie ist brutal genug, um jeden niederzuschlagen, der mit der Fackel der Wahrheit die verschlungenen Gänge des Lügensystems durchleuchtet. Sie ist zynisch und frech genug, selbst dann weiterzuprügeln und weiterzumorden — in Hoffnung auf klingende Belohnung und spätere Anstellung im Dritten Reich —, wenn ihnen über das Lügensystem ein Licht aufgegangen ist.

Das Lügensystem der Nazis ist so alt wie die Partei selber. 1923 ging es erst richtig los. Was erklärte Herr Hitler am Abend vor seinem Bürgerbräu-Putsch? „Entweder haben wir morgen eine „nationale“ Regierung oder wir sind tot.“ Am nächsten Tage dachte Herr Hitler gar nicht daran, seine Haut zu Markte zu tragen. Er türmte, riß aus und lebt noch heute, besser denn jemals.

Und was hat Herr Hitler in den Jahren seit 1923 gesagt und versprochen? Den Arbeitern hohe Löhne und ausreichende Unterstützung, vor allem Arbeit. Der Industrie niedrige Löhne und Befreiung von der Fessel der Tarifverträge und sozialen Belastungen. Den Alten, Kranken und Rentnern ausreichende Versorgung. Seinen Leuten hat er hundertmal die siegreiche Revolution versprochen und vor dem Reichsgericht einen Eid auf die Legalität geleistet.

Wie oft hat Herr Hitler auf die „Mißwirtschaft“ der Bonzen geschimpft, wie oft haben seine Kreaturen gegen Korruption gewettert, wie oft die luxuriöse Lebenshaltung der „Bonzen“ angeprangert. Er selber aber wohnt in den Luxusappartements des Hotels „Kaiserhof“.

Was will die Reaktion?

Ein Wort an die Jugend!

Der Rechtskurs im Reiche und in den Ländern bedroht die politische und wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft aufs schwerste. Besonders die werktätige Jugend wird hart zu leiden haben, wenn alle Wünsche und Absichten der vereinigten Rückschrittler, Nationalsozialisten und Deutschnationale, in Erfüllung gehen sollten. Da die meisten unserer jungen Kameraden von den Machtverhältnissen im kaiserlichen Deutschland wenig wissen, da andererseits die Reaktion im Interesse der Kapitalistenklasse gerade die früheren Zustände wieder herbeizuführen gedenkt, seien hier die Hauptziele der Rückschrittmänner dargelegt.

Die Republik hat das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle deutschen Parlamente (Reich, Länder und Gemeinden) für alle Männer und Frauen vom 20. Lebensjahr an geschaffen. Im Kaiserreich wurden die Länder- und Gemeindeparlamente nach Klassen gewählt: die Vermögenden hatten das vielfache Stimmrecht gegenüber dem Besitzlosen, dem Arbeiter. Frauen besaßen das Wahlrecht überhaupt nicht. Eines der Ziele der Reaktion ist, entweder das demokratische Wahlrecht überhaupt zu beseitigen und mit der Diktatur (Gewaltherrschaft) zu regieren, oder wieder wie früher die Stimmen zu „wägen“ (nach der Schwere des Geldsacks) statt zu zählen. Staatsbürger minderen Rechts sollen wieder die Massen der Arbeiterklasse werden, die nichts als ihre Arbeitskraft besitzen.

Ist erst einmal das demokratische

Die Rechnung für einen zehntägigen Aufenthalt für sich und seinen zwölfköpfigen Stab beträgt über 4000 M.

*

Aber das alles sind bekannte, leider zu schnell vergessene Dinge. Wahre Orgien feierte das Lügensystem der Nazis, seitdem sie selber an der Macht sitzen und die jetzige Regierung Papen tolerieren.

Wie haben sie gegen die Notverordnungs-politik Brünings getobt. „Weg mit den Notverordnungen!“ lautete ständig ihre Parole. Und jetzt? Herr Goebbels verbietet seinen Leuten, im Wahlkampf über die Regierung Papen überhaupt zu reden. Nach außen hin erklärt er und erklärt Hitler: „Wir haben mit der Regierung Papen nichts zu tun.“ Die Dokumente des Herrenklubs aber beweisen, daß die gegenwärtige Regierung die ausdrückliche Billigung des „Führers“, also Hitlers, gefunden hat.

Der „Angriff“, Herrn Goebbels Organ, toleriert das Kabinett Papen am 6. Juni 1932 mit folgenden Sätzen:

„Wir haben bewußt darauf verzichtet und halten es auch heute für unnütz, die Regierungserklärung einer eingehenden Betrachtung zu unterziehen und jeden einzelnen Satz so lange hin und her zu drehen, bis man etwas gefunden hat, um den neuen Männern am Zeuge zu flicken. Im allgemeinen sticht der Inhalt der Regierungserklärung durch seine nüchterne Knappheit wohlthuend ab von dem Phrasengedresch über Völkerversöhnung, Weltverbrüderung und ähnlichem Schwulst, der sonst bei derartigen Anlässen üblich war und den ein normaler Mensch wirklich nicht mehr hören kann, ohne daß ihn das Gefühl einer rein physischen Uebelkeit beschleicht. Zum erstenmal nach 14 Jahren ist von den Begriffen Gott und Nation die Rede, was bisher alle Kanzler ängstlich vermieden hatten. Das sind immer die Worte, die erfreulich anmuten.“

Wenn das keine moralische Unterstützung der Papen-Regierung ist, so wissen wir nicht, was es sonst sein soll.

Nimmt man dazu noch die Tatsache, daß in der Sitzung des Preußischen Landtags am 2. Juni 1932 die Nationalsozialisten den Antrag der Linken auf Aufhebung der Verträge über die Fürstenabfindungen abgelehnt haben, und zwar, wie der Nazi-Kube in seiner Begründung erklärte, „aus Gerechtigkeitsgefühl“, so ist damit klipp und klar bewiesen, daß der Kurs, den die NSDAP. steuert, sich in nichts, aber auch in gar nichts von dem Wollen und Wirken der Baronsregierung unterscheidet.

*

Und wie sieht es in den Ländern aus, in denen die Nazis heute an der Regierung sind? Ein Beispiel: Oldenburg. Dort haben die Nazis den Wahlkampf gewonnen, weil sie den Bauern die Niederschlagung der Steuerrückstände von 3,5 Millionen Mark versprochen, weil sie versprochen, der landwirtschaftlichen Bevölkerung keine Steuern mehr aufzuerlegen und dafür zu sorgen, daß die Bauern keine Zinsen mehr zu zahlen brauchen. Und jetzt, wenige Wochen nach der Machtergreifung der Nazis? Jetzt betätigt sich der nationalsozialistische Ministerpräsident Röver als schärfster Steuereintreiber! Das oldenburgische Landvolk fühlt sich betrogen und belogen. Es fällt den Nazis gar nicht ein, auch nur einen geringen Teil ihrer Wahlversprechungen einzulösen.

*

Herr Strasser, der Freund Hitlers, nationalsozialistischer Führer und Vorsitzender des Ueberwachungsausschusses des Reichstags, weigert sich, obwohl die Mehrheit der Ausschußmitglieder es verlangt, den Ueberwachungsausschuß einzuberufen. Warum? Er will die Papen-Regierung aus einer unangenehmen Situation retten. Er verhilft ihr dazu, der Kritik des Ueberwachungsausschusses an den volksschädigenden Notverordnungen zu entzweifeln. Aber — die NSDAP. hat mit der Papen-Regierung nichts zu tun.

Was bedeutet dagegen das bißchen Theaterdonner des „Angriff“ gegen den Innenminister von Gayl wegen der verbotenen Siegesallee-Parade der SA. vor

Adolf Hitler? Was bedeutet Hitlers Sonntagsrede in Berchtesgaden gegen das Ergebnis von Lausanne? Ein neues Versprechen: „Der Vertrag von Lausanne werde in sechs Monaten nicht mehr als 3 M wert sein.“ Wie verhält sich eigentlich dieses große Wort zu den verschiedenen Interviews, die Herr Hitler noch vor wenigen Monaten im teuren Luxushotel „Kaiserhof“ und anderswo an ausländische Journalisten gegeben hat? Er erklärte dabei einmal — daß er gar nicht daran denke, bestehende Verträge zu zerreißen!

Auf dem Wege zur Arbeitsdienstpflicht?

Am 13. Juli hat die Reichsregierung dem Reichsrat eine Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst zugeleitet. Bereits am 16. Juli soll diese neue Verordnung in Kraft treten. Die Papen-Regierung hat es sehr eilig in dieser Frage. Der Unfug des freiwilligen Arbeitsdienstes soll nunmehr in verstärkter Form durchgeführt werden. Das ist der Sinn der neuen Verordnung.

Ueber die Einzelheiten der Verordnung erfahren wir folgendes:

Die gesetzlichen Bestimmungen, die in Form einer einfachen Verordnung ergehen, sehen an wesentlichen Neuerungen vor allem vor, daß der Kreis derer, denen der freiwillige Arbeitsdienst zugänglich ist, nicht mehr wie bisher (durch die Verordnung vom Juli 1931) auf die Unterstützungsempfänger beschränkt bleibt. Freiwilligen Arbeitsdienst kann in Zukunft jeder noch nicht 25 Jahre alte Deutsche leisten. Mit der körperlichen Arbeit sollen auch Kurse zur geistigen und sportlichen Ausbildung verbunden werden. Als Träger des freiwilligen Arbeitsdienstes, dessen Zweck, wie schon erwähnt, sich ausschließlich auf gemeinnützige Arbeiten erstrecken muß, kommen jedoch nicht nur öffentliche Körperschaften und gemeinnützige Vereinigungen in Betracht, sondern alle Gruppen, auch politische, die sich die Ausführung des freiwilligen Arbeitsdienstes zum Ziel setzen. Danach wäre es also möglich, daß sich auch Unternehmungen, die auf Erwerb gerichtet sind, im Rahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes betätigen, doch sollen hierbei gewisse Voraussetzungen erfüllt sein. Der Umfang ist durch die Mittel bedingt. Rund 75 Millionen Mark stehen in diesem Etatsjahr vorläufig zur Verfügung. Da die zuständigen Stellen mit einem Kostensatz von 2 M pro Tag und Mann rechnen und bis zum Ablauf des Etatsjahres noch etwa 250 Tage in Frage kommen, werden durch den freiwilligen Arbeitsdienst also etwa 100 000 Mann erfaßt werden können.

So leicht werden die Herren Hitler, Goebbels, Göring, Strasser und wie sie alle heißen, aus der Verantwortung für die Papen-Regierung nicht herausgelassen. Der Krach, den sie jetzt wegen der verbotenen Demonstration in der Bannmeile und wegen der Verhandlungsergebnisse von Lausanne gegen die Regierung schlagen, ist nichts als ein schlechtes Theater. Er ist ein Zweig jenes nationalsozialistischen Lügensystems, mit dem Volk und Staat unter die SA-Knute gezwungen werden sollen.

Diese Zahl wurde schon vor längerer Zeit als Schätzung angegeben. Der Gedanke, einen zentralen Beirat aus Vertretern der am freiwilligen Arbeitsdienst interessierten Organisationen zu schaffen und neben ihm Beiräte bei den Unterorganisationen, die den Arbeitsdienst durchzuführen haben, ist fallen gelassen worden. Die zuständigen Stellen betonen, daß diese Verordnung nur einen Teil der Pläne des Kabinetts verwirklicht. Die Regierung beschäftigt sich nämlich zur Zeit mit der Prüfung der Voraussetzungen, die für die Einführung der Arbeitsdienstpflicht gegeben sind.

In welchem Umfang der freiwillige Arbeitsdienst nach der kommenden Verordnung gegenüber dem bisherigen Zustand erweitert wird, ergibt sich vergleichsweise daraus, daß im Frühjahr dieses Jahres insgesamt 60 000 im freiwilligen Arbeitsdienst tätig gewesen waren und daß sich die Zahl der laufend Beschäftigten im April auf rund 38 000 belief.

Gegen Gewaltpolitik — für ein freies Deutschland!

Die Nazioten sind drauf und dran, Deutschland zu verderben. Ihr heiseres Geschrei: „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen“ läßt erkennen, wohin die Reise gehen soll. Neue kriegerische Verwicklungen sollen provoziert werden. In der schon erwähnten Schrift von Erkelenz setzt dieser sich mit den brennenden außenpolitischen Problemen auseinander. Klar weist er nach, daß die Sozialdemokratie und ebenso die Gewerkschaften die einseitige Schuld Deutschlands am Weltkrieg stets abgelehnt haben. Lassen wir diese Stellen folgen: „Es war der sozialdemokratische Reichskanzler Bauer, der Ende Juni 1919 in der Nationalversammlung den ersten großen Protest gegen die einseitige Kriegsschuld in die

Welt geschleudert hat. Wo waret ihr damals?... Der Versailler Vertrag hat zwei völlig verschiedene Bestandteile. Der eine stammt aus der alten Gewaltpolitik. So legt er Deutschland Kriegsschuldverpflichtungen auf, Armee-Beschränkungen und tausend andere Lasten und Schikanen. Das ist der alte Geist, die alte Welt, der ewige Tod, das ist — eigenartiges Schicksal — heute eure Welt, eure Erlösungspredigt, euer Zukunftsstaat. Wenn ihr gegen diesen Teil des Versailler Vertrages kämpft — so ruft Erkelenz —, dann kämpft ihr gegen eure eigene Gesinnung. Im Grunde wollt ihr neue Massenfriedhöfe graben. Einzig mit dem Unterschied, daß ihr glaubt, am Ende den andern, den Franzosen, den Polen usw. einen solchen Gewaltfriedensvertrag auferlegen zu können. Ihr gehört zur blutigen Internationale. Die nationalistischen Hetzer hüben und drüben arbeiten sich in die Hände. Ohne deutsche Kriegshetzer müßten die französischen Kriegshetzer hungern. Und umgekehrt. Mit den Kriegshetzern hüben und drüben hungerten die Kriegslieferanten, die Kriegsschriftsteller, die sonstigen beruflichen Kriegshetzer. Man sieht, eine gewaltige internationale Interessengemeinschaft des Todes, des Blutes, der Schmerzen, des Elends, der Zerstörung!

So fürchterlich diese Seite des Versailler Vertrages ist, so hoffnungsfroh ist seine andere, bessere Seite: die internationale Gemeinschaftsarbeit freier und gleichberechtigter Völker. Auch die freien, großen Nationen der Erde sind nicht mehr unabhängig von ihren Nachbarn. Je mehr die Welt nach Isolierung, Autarkie, Absperrung usw. schreit, um so stärker schreit andererseits alles nach internationaler oder europäischer Gemeinschaft.

Hier liegt der Unterschied zwischen unserer und eurer Außenpolitik. Am Ende eures hysterischen Geschreis steht ein neuer Weltkrieg, neue Millionen Tote, hunderte Milliarden neuer Schulden, derweil der alte Krieg noch nicht bezahlt ist und nie bezahlt werden wird. Unser Weg ist der der friedlichen Um-



Kameraden!

Es gilt jetzt, die Freiheit zu verteidigen und die Menschheit von der braunen Mordpest zu befreien!

Jeder Verbandskamerad muß Werber und Kämpfer für unsere Sache sein!

Wählt Liste 1, Sozialdemokraten!

wälzung, der Sieg des Rechtes und der Gerechtigkeit, der völkischen Freiheit jeder Nation in der Gemeinschaft aller. Auch unser Weg ist nicht leicht. Er ist nicht nahe! Er ist steil! Aber er ist ein Weg in die Sonne, in die Freiheit! Euer Weg führt ins Blutbad, und zwar schnell und gründlich.

O, ihr Heuchler! Oder irren wir uns? Wartet ihr nicht sehnsüchtig auf den Krieg? Wollt auch ihr den Frieden? Warum hetzt ihr dann so? Warum klagt ihr uns an, wir seien nicht national genug? Warum singt ihr Kriegslieder? Warum bildet ihr geheime Armeen? Warum redet ihr von Bündnisversuchen mit Italien und England — o, ihr kleinen Kinder! — gegen Frankreich? Geschieht das alles bloß, weil es euch agitatorisch nützt, weil ihr damit politische Kinder fangen könnt? Ist euer ganzes kriegsgerisches, tapferes Gerede nur Demagogie, Gewissenlosigkeit, politische Geschäftsmacherei?

Wie haltet ihr es mit der politischen, der geistigen, der sozialen Freiheit? Die Sozialdemokratie hat seit jeher gewußt, daß die Freiheit nach jeder Richtung gesichert werden muß. Sie kämpfte für das allgemeine, gleiche Wahlrecht und schuf mit diesem Wahlrecht eine große demokratisch-sozialistische Bewegung. Das war der Ruf nach politischer Freiheit. So haben wir in siebenzigjährigem weltgeschichtlichen Kampf den deutschen Arbeiter aus der feudalistischen Hörigkeit herausgeführt und ihn zum gleichberechtigten Staatsbürger gemacht. Deutschlands politische Größe vor dem Weltkrieg, Deutschlands wirtschaftliche und industrielle Macht sind nur möglich gewesen, weil die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften die deutschen Arbeitnehmer geschult und erzogen haben. Knechtsgesinnung von unten, Herrenüberheblichkeit von oben hätten keine politische und geistige Entwicklung erlaubt. Die deutschen Arbeitnehmer waren politisch genug geschult, um das zusammenbrechende Deutschland 1918 wieder auf die Füße stellen zu können. Die millionenstarke Gewerkschaftsbewegung sorgte dafür, daß der Arbeitnehmer auch ein freier Mensch sei im Wirtschaftsleben, in der Arbeit. Das war die Selbsthilfe der Brüder, die Bruderhilfe, die Solidarität der Arbeiter untereinander.

Wo die Kraft der Selbsthilfe nicht ausreichte, da mobilisierten wir die Pflicht der Gesamtheit, des Staates, des Volkes.

So wuchs für uns der Gedanke der Freiheit sich aus zum Recht auf Gleichberechtigung und Mitverantwortung in Staat, Gemeinschaft und Betrieb.

Nie hat es in der Welt eine größere, tiefergreifende Volksbewegung gegeben als diese. Nie wird es eine größere geben. Wenn eure Bewegung längst vergessen und verschollen ist, wird die Arbeiterbewegung stets als die größte Freiheitsbewegung der Weltgeschichte wie eine Sonne am Himmel scheinen.

Eure Freunde sind die Schwerindustriellen und ihre Syndizi, die mehr Verbrechen am deutschen Volke begangen haben, als irgendeine andere Schicht (Klassenkampf von oben, unzeitgemäßer Flottenbau, Eroberungssucht am Krieg, U-Boot-Hetze, Vaterlandspartei).

Ihr wollt für die Freiheit Deutschlands und der Arbeiter kämpfen mit den ostelbischen Junkern und ihrem Anhang, die hunderte Jahre hindurch Millionen Bauern von Haus und Hof vertrieben und zur Auswanderung zwangen. Und bis heute Milliarden Subventionen von den Armen verlangen und erhalten.

Eure Mitstreiter sind viele ehemalige deutsche Fürsten, die schon vor 150 Jahren Zehntausende ihrer Untertanen für schweres Geld nach England verkauften, damit sie als Kanonenfutter zum Kampf gegen die neu aufstrebenden Vereinigten Staaten nach Amerika geschickt wurden.

Eure Freunde, Helfer und Finanziere sind alle Gewaltpolitiker, die sich gegen die Freiheit und das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer und der kleinen Leute verschworen. Alle Feinde des Lichts geben sich bei euch ein Stelldichein.

Die Sozialdemokratische Partei hat siebenzig Jahre lang mit den Mitteln des

Geistes gegen die Finsternis gekämpft. Sie hat Millionen Arbeiter zum Licht und zur Freiheit geführt und erzogen. Wir können und wollen nicht mit Mord und Totschlag kämpfen. Aber wer uns mit Gewalt entgegentritt, dem antworten wir mit Gewalt. Wer uns einen Schlag erteilt, erhält zwei Schläge zurück. Wenn es sein muß: „Auge um Auge, Zahn um Zahn.“

Wir ziehen es vor, mit geistiger Kraft, statt mit Ekkrasit und Revolver zu arbeiten.

Wir wollen überzeugen, nicht erzwingen.

Wir wollen Köpfe revolutionieren, nicht Beine, Arme, Ellbogen, Fäuste, Revolver, Dolche, Messer.

Wir wollen die Menschen erheben, nicht erniedrigen.

Ein Arbeiter, der für Demokratie und Sozialismus kämpft, ist ein politischer und geistiger Kulturträger.

Ein nationalistischer Student, der vom Borne der Alma mater getrunken, aber Arbeiter ermordet, Gewerkschaften zerstört, Republik und Demokratie beschimpft, ist ein Barbar, eine Geißel der Menschheit, ein Knecht der Finsternis.

Wir zeigen der Menschheit, der Nation ein großes Ziel: In Freiheit und Gleichberechtigung die Güter zu genießen, die der Menschengestalt ersonnen und geschaffen oder von der großen Mutter Natur ererbt hat.

So sind wir die Zukunftsträger aller Errungenschaften der Jahrhunderte und

Neue Richtlinien für die vorstädtische Kleinsiedlung

Zur Fortsetzung der vorstädtischen Kleinsiedlung sind weitere 25 Millionen Mark von der Reichsregierung bereitgestellt worden. Mit den im Herbst 1931 bewilligten 48 Millionen Mark für den gleichen Zweck sind rund 18 000 Siedlerstellen geschaffen worden. Die für den ersten Bauabschnitt festgelegten Richtlinien sind für den neuen Bauabschnitt verschiedentlich geändert worden¹.

Die bisherige Genehmigung der Anträge durch die Reichszentralstelle (Reichssiedlungskommissar) ist weggefallen. Neue Anträge werden nunmehr von den Länderregierungen genehmigt, die ihrerseits nachgeordnete Stellen damit beauftragen können. (In Preußen sind zum Beispiel die Regierungspräsidenten dafür zuständig.)

Als Siedler kommen nur Erwerbslose oder Kurzarbeiter in Frage, die sich freiwillig melden und während einer von den Trägern der Siedlung zu bestimmenden Mindestzahl von Arbeitstagen an der Erschließung des Geländes oder an der Errichtung der Baulichkeiten mitgearbeitet haben. Sie oder ihre Familienangehörigen müssen für die Bewirtschaftung der Stelle geeignet sein. Besonders bevorzugt sollen langfristig Erwerbslose, Kriegsbeschädigte und kinderreiche Familien werden.

Die Siedlerstellen müssen so groß sein, daß die Beschaffung des Lebensunterhalts für die Familien der Erwerbslosen durch den Ertrag der Grundstücke wesentlich erleichtert wird, so daß in absehbarer Zeit die öffentlichen Fürsorgelasten für die Erwerbslosen und ihre Angehörigen gesenkt werden können. In der Regel sollen die einzelnen Stellen nicht unter 600 und nicht über 5000 Quadratmeter groß sein.

Das einzelne Siedlungshaus muß nachstehende Mindestraumzahl und Mindestraumgröße aufweisen:

- | | |
|--|-------|
| 1. Wohn- und Kochraum | 14 qm |
| 2. Elternschlafraum | 12 „ |
| 3. Kinderschlafraum | 8 „ |
| 4. mindestens ein weiterer Schlafraum bei Familien mit vier und mehr Kindern | 8 „ |
| 5. Wirtschaftsflur (zum Abstellen, Waschen, Futterkochen usw.) . . | 6 „ |
| 6. Kleintierstall | 6 „ |
| 7. Keller | 8 „ |
| 8. Abort. | |
| 9. Futterboden. | |

Als Bauform wird das eingeschossige Einfamilienhaus mit ausbaufähigem Dach-

¹ Richtlinien für den zweiten Abschnitt der vorstädtischen Kleinsiedlung und Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose. Reichsarbeitsblatt Teil I, Nr. 19, S. 133.

gleichzeitig die Schöpfer, die Gestalter des Neuen, der Schöpfung von morgen. Da das deutsche Bürgertum es aufgegeben hat, für seine eigene bürgerliche Kultur zu kämpfen, so tragen wir nicht nur unsere eigenen Ideale und Errungenschaften der Zukunft entgegen. Wir sind auch die Hüter des guten, des besten Teiles bürgerlicher Kultur geworden, sogar gegen unsern Willen.

Volksgenossen, Bürger, Kamerad, man überschüttet dich mit einem Strom neuer Phrasen. Das ist das einzig Neue, was die neudeutsche Reaktion gebracht hat: Phrasen!

Führung heißt es. Wir brauchen Führer! Praktisch heißt das nur: Nehmt mich, eben den neuen Propheten als Führer. Diese Vertreter deutscher Treue wollen dich untreu machen gegen die Führer, die mit dir Jahrzehnte lang von unten herauf den Aufstieg der Arbeitnehmer angebahnt haben. Das Volk braucht Führung, ruft man. In Wirklichkeit wollen sie sagen: Verratet eure bisherigen Führer, aber ruft die neuen Führer herbei, den Prinzen Auwi, den Fürsten Eulenburg, den Oldenburg-Januschau, den Grafen Kalkreuth vom Landbund und sonst den ganzen Gothaischen Hofkalender von A bis Z.“

Wir müssen Schluß machen mit dem Spuk der Finsternis. Am 31. Juli muß abgerechnet werden mit den nazistischen Kriegshetzern und Volksverderbern! Sozialdemokraten müssen gewählt werden!

geschoß als Einzel- oder Doppelhaus bevorzugt. Wohnlauben, Baracken oder sonstige Primitivbauten dürfen mit Reichsdarlehen nicht gefördert werden. Zum Bau sollen nur inländische Baustoffe verwendet werden. Bei Massivbauten muß das Mauerwerk aus Normalvollsteinen mindestens 25 cm, mit Luftisolierung mindestens 30 cm stark sein. Bei Holzbauten gelten die vom Normenausschuß aufgestellten Qualitäten. Normen für Holzhäuser und Blockhausbauten sind aus 7 cm starken Bohlen zulässig.

Die Kosten für den Aufbau und die Einrichtung einer Stelle dürfen ausschließlich Grunderwerb 3000 M nicht übersteigen. Ein Teil dieser Kosten soll durch die eigene Arbeit der anzusiedelnden Erwerbslosen aufgebracht werden. Zur Deckung des Restbetrages gewährt ihnen das Reich Darlehen bis zum Höchstbetrag von 2500 M je Stelle. Für jede Siedlerstelle, in der eine kinderreiche Familie mit vier und mehr im elterlichen Haushalt lebenden Kindern untergebracht wird, wird entweder für die ersten drei Jahre ein Zinsnachlaß von jährlich 40 M oder ein einmaliger Baukostenzuschuß von 120 M gewährt.

Die bisherige starre 3000-M-Grenze für die Baukosten kann jetzt überschritten werden, und zwar bis zu 500 M. Voraussetzung dafür ist, daß die Beschaffenheit des Siedlungsgeländes, die Geländeaufschließung oder die Wasserversorgung besonders hohe Kosten erfordern oder die Größe der Familie oder der Beruf des Siedlers eine Vergrößerung des Bauvorhabens notwendig machen.

Bei gleichzeitigem Vorliegen je einer dieser Voraussetzungen kann eine Überschreitung der Höchstkosten bis zu 1000 M zugelassen werden. Voraussetzung der Zulassung einer Überschreitung der Höchstkostengrenze ist in jedem Falle, daß die Gesamtbelastung des Siedlers trotz der höheren Baukosten 25 M monatlich nicht übersteigt.

Die jährliche Belastung des Siedlers mit Zins und Tilgungsrate für das Baukapital einschließlich des Darlehens aus Reichsmitteln darf folgende Sätze nicht überschreiten:

bei einem Reichsdarlehen bis zu	2500 M	3000 M
und einer Baukosten-		
höhe bis zu 3000 M	140 „	—
	3500 „	180 „
	4000 „	220 „
		165 „
		205 „

Nach den Richtlinien können jetzt auch Einzelsiedler Reichsdarlehen erhalten. Es wird sich hierbei insbesondere um Personen handeln, die das erforderliche Bauland bereits besitzen. Die Entscheidung, ob Einzelsiedler mit Reichsdarlehen bedacht werden, ist den Gemeinden überlassen. In den meisten Fällen werden jedoch wohl die Gemeinden schon aus Gründen der größeren Wirtschaftlichkeit (geringere Kosten beim Bau von Versorgungsleitungen und Straßen) sich für die Finanzierung von Gruppensiedlungen entscheiden.

Träger des Siedlungsvorhabens sind die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände. Die Auswahl geeigneter Siedler ist Sache der Träger in Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern und den öffentlichen Fürsorgestellen.

Für Auskunft in Siedlungsangelegenheiten und für die Einreichung der Anträge zur Gewährung von Reichsdarlehen sind die Gemeinden beziehungsweise Gemeindebehörden zuständig. Sa.

Deutsch sein heißt schufteten?

In dieser Zeit des Schlagworts hat für viele auch das Wort deutsch oder das Wort national einen bezaubernden Klang. Aus dieser Erfahrung, die die reaktionären Politiker im deutsch-„nationalen“ und „national“-sozialistischen Lager mit dem Worte gemacht haben, sucht auch der Kapitalismus zu lernen. Der Oberingenieur Arnold vom Dinta verlangte, worauf wir schon hinwiesen, in seinem letzten Buch, der deutsche Arbeiter solle wieder erfüllt werden vom „germanischen Ethos aus alter Zeit“. Daß dieses germanische Ethos demokratisch und freiheitlich war, wird allerdings nicht gesagt. Man sucht das Wort germanisches Ethos wirken zu lassen.

In der gleichen Linie bewegt man sich heute überall in der kapitalistischen Bildungsarbeit. Und es ist nur eine Erscheinung dieser Art, wenn eine Werkzeitung jetzt auch eine „deutsche“ Arbeit des Schuftens als das Ideal für den Arbeitsmenschen hinstellt. Diese Werkzeitung führt den alten Fichte an, der da sagte: „Deutsch sein heißt, eine Arbeit um ihrer selbst willen tun.“ Und das heißt nach kapitalistischer Auffassung: schufteten, mechanisch, gedankenlos schufteten. Schufteten nur um des Schuftens willen. Und sich nachher daran zu erbauen, so echt „deutsch“ gewesen zu sein.

Erbärmliche Mißbildung deutschen Wesens bei diesen Schlotbaronen! Gerade ihnen steht es wirklich nicht an, ausgerechnet Fichte zu nennen, den Mann, der als erster unser Volk das Volk des Gemütes genannt hat. Er stand in Ehrfurcht vor seinem Volk. Er sah die Größe des deutschen Volkes in der vollen Ursprünglichkeit seines Schaffens, in dem Leben und Wirken von innen heraus, in dem Bewegen der letzten Tiefen. Er sah die Arbeit als Dienst an der Geistigkeit an. Arbeiten war ihm Leben an der Idee. Nicht aus Profitsucht „arbeiten“, wie es die Herrenmenschen tun! Aber auch nicht schufteten nur für das Brot! Arbeiten war ihm, selbstlos dem Ganzen dienen.

Die Arbeit im Sinne eines Fichte kann in dieser Wirtschaftsordnung gar nicht sein. Da ist die Arbeit für die Herren Gewinn, und für die andern ist Arbeit da nichts als Frondienst. Darum beschäftigte sich Fichte auch schon mit einer neuen Ordnung des Zusammenlebens.

Nur die neue Arbeit, wie wir sie wollen, entspricht unserm Wesen. Sie ist deutsch. Und sie ist auch menschlich. Sie allein ist ethisch. Diese neue Arbeit von morgen.

Kampf dem Wohlfahrtsstaat! Dieser Kampf-
ruf der Junker-
regierung von Papen muß die Millionen der Werktätigen mobilisieren. Jedes Gewerkschaftsmitglied muß seine Umwelt über die Pläne der Reaktion aufklären. Kameraden, kämpft für ein freies, nach den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit regiertes Deutschland!

Nazi nennt Arbeitslose „Hunde“

Durch die ganze Presse geht zur Zeit die Mitteilung, daß in Auerbach, Oberpfalz, ein städtischer Nazibeamter die Erwerbslosen beschimpft hat. Der betreffende Beamte bestritt in einer Gegenerklärung in der „Auerbacher Volkszeitung“ den Vorfall. Darauf teilt nunmehr die „Fränkische Tagespost“ in Nummer 161 vom 12. Juli 1932 mit:

„In Nummer 155 der „Fränkischen Tagespost“ erschien ein Artikel mit der Überschrift ‚Portrait eines Hakenkreuzlers‘. Dieser Artikel ist einem Auerbacher fanatischen Hakenkreuzler mit dem Namen Ludwig Huber, städtischer Verwaltungssekretär, verdammt auf die Nerven gegangen. Zu seiner Verteidigung hat er in der ‚Auerbacher Volkszeitung‘ eine Erklärung losgelassen, die seine unverschämten Aeußerungen, die er gemacht hat, in ein besseres Licht rücken sollten. Zu dem Wutanfall des Hakenkreuzlers haben wir folgendes zu bemerken: Es sind Zeugen vorhanden, die bereit sind, zu beedinen, daß Huber folgendes gesagt hat:

„Was Ihr Arbeitslosen bekommt, ist noch zu viel! Wenn ich arbeitslos und verheiratet wäre, könnte ich nicht ins Wirtshaus gehen. Wartet nur bis zum 1. August, dann ziehen wir mit 80 % Mehrheit in den Reichstag ein. Dann haben wir die Zügel in der Hand, dann kommt die Diktatur, Pflichtarbeit, dann bekommt Ihr einen Dreck und keine Unterstützung. Ihr Hunde, sagte er, seid diejenigen, die Auerbach bankrott machen. Zermalmt werdet Ihr noch alle.“

Als die Arbeitslosen das Lokal verließen, schrie er ihnen wütend nach: „Ihr Hunde! Ihr Hunde!“ — Schon früher hat Huber einmal in einer Wirtschaft Arbeitersportlern gegenüber gesagt: „Der Bürgermeister kann anordnen, was er mag, ich zahle aus, was ich will!“ Nebenbei soll betont werden, daß gegen Huber deswegen ein Dienststrafverfahren läuft.“

Deutlicher konnte sich die Nationalsozialistische Partei in ihrem fanatischen Arbeiterhaß nicht entlarven. Wieder einmal wurde ihr die Maske von einem ihrer Anhänger heruntergerissen. So steht sie denn heute vor uns als die Partei des hemmungs- und schamlosesten Arbeiterverrats, der fanatischsten Sozialreaktion.

Der Drang zur Futterkrippe

Der nationalsozialistische „Freiheitskampf“ berichtet in Nummer 154 vom 4. Juli 1932 über einen Vortrag, den der Naziwirtschaftsfachberater Elsner von Gronow in Plauen hielt. Nach dem Bericht eines Naziblattes erklärte er unter anderem:

„Wahres Führertum im gesamten Staatsaufbau, das ist unser Ziel! Das durchzuführen werden wir alle maßgebenden öffentlichen Aemter neu besetzen müssen. Wir werden die ausgeschiedenen Parteibuchbeamten selbstverständlich nicht ganz brotlos machen, aber sie alle in ihre früheren ehrlichen, wenn auch einfachen Berufe zurückführen.“

Ja, da wird wohl auch der faulste Parteibuchbeamte Deutschlands, der Parteibuchregierungsrat Adolf Hitler, daran glauben müssen und wieder von Bau zu Bau laufen und fragen, ob es nicht Arbeit für ihn gibt.

Hungerlöhne für Nazijacken

Eine Berliner Zeitung teilt mit, daß die Firma Weck & Simberg in der Heiligegeiststraße für die NSDAP. Uniformhemden arbeite. Täglich werden 100 Pakete per Post nach der Provinz versandt. Bemerkenswert ist, daß die Arbeiterinnen von früh 7 Uhr bis abends 10 Uhr arbeiten und Ueberstunden machen müssen, ohne daß sie dafür einen Pfennig extra bekommen. Die Löhne sind ebenfalls unter Tarif. Das gleiche Blatt meldet aus Schlesien, daß auch in Greiffenberg eine große Lieferfirma der NSDAP. sitzt, und zwar die Firma G. Winkler, Schlesische Blaudruckerei AG. Dort werden die Uniformen am laufenden Band genäht. Je sechs bis acht Frauen bilden eine Nähgruppe. Der Stundenlohn dieser



Ruft es laut übers Land:

Nieder mit dem Hakenkreuzfaschismus!

Es lebe die Freiheit!

Wählt Liste 1, Sozialdemokraten!

Frauen beträgt 12 bis 16 M . Die Firma Winkler stellt am Tag bis zu 700 Uniformen her. Die Näherinnen verdienen in den Betrieben durchschnittlich 8 bis 10 M pro Woche. Es kommt aber auch vor, daß sie nur 2 bis 3 M verdienen.

Wenn wir künftig Naziuniformen sehen, werden wir also nicht nur an die Salzsteuer, an den Unterstützungs- und Rentenraub denken, dessen Durchführung sich die Regierung mit der Duldung dieser Uniformen kaufte, sondern auch an die Hungerlöhne armer Nähmädchen, die in grauenvoller Weise ausgebeutet werden, damit die Mordbanden Hitlers mit ihren Notverordnungsjacken auf der Straße paradiere können.

denselben abgelehnt und somit zum Ausdruck gebracht, daß sie mit allen Mitteln gegen einen derartigen Lohnraub ankämpfen werden. Bei Bekanntgabe des Spruches hat die RGO. die Parole herausgegeben, Streik bis zum letzten, mit dem Ziel: Beibehaltung des alten Lohnes. Unter dieser Parole haben sie denn auch in Tuttlingen am 17. Mai die Belegschaft der Baustelle Hattingen-Tuttlingen zum Streik aufgefordert und alle Bauarbeiter aus den Baustellen herausgeholt. Es dauerte nicht lange, da tauchte auch der Nazivertreter Bucher auf. Der Mann will Techniker sein, erklärte den Streikenden seine Sympathie und betonte, daß die NSDAP. sich restlos hinter die Streikenden stelle. Es konnte beobachtet werden, wie RGO. und Nazileute in Uniform gemeinsam Streikposten standen. Ein leuchtendes Beispiel einer Einheitsfront war die Streikversammlung am 18. Juni in Tuttlingen im „Kaiserhof“. Warum diese Versammlung nicht allen Streikenden bekanntgegeben wurde, ergibt sich aus folgendem: Leiter der Versammlung war der RGO.-Mann Otto Schönmann. Am Vorstandstisch saßen der kommunistische Landtagsabgeordnete Vollmer, der nationalistische Landtagsabgeordnete Murr und der Fabrikant Kiehn aus Trossingen (Nazi). Also Arm in Arm Nazi und Kommunisten! Dazu ein Fabrikant, der in seinem Betrieb überhaupt keinen organisierten Arbeiter duldet. Dies Stimmungsbild genügt wohl, nur schade, daß dieses Terzett nicht im Bilde festgehalten werden konnte. Noch ein goldenes Wort aus dem Munde des Naziabgeordneten Murr: Er mißbilligt die Haltung der Arbeitgeber, und die NSDAP. wirke darauf hin, daß die Regierung und die Behörden sich dafür einsetzen müssen, daß der Streik zur Zufriedenheit der Bauarbeiter erledigt werden müsse. So nun wißt ihr es, ihr klassenbewußten Arbeiter, wer für euch alle sorgt. So wild wie die Bewegung von dieser Seite angefangen und aufgezogen wurde, so schmächtig ist sie zusammengebrochen. Nach sechs Wochen liefen die Bauarbeiter ohne regulären Abschluß und ohne jeden Erfolg an ihre verlassenen Arbeitsplätze zurück. Den Vertretern der freien Gewerkschaften und mit ihnen dem organisierten Teil der Belegschaft bleibt es vorbehalten, auch dort wieder geordnete Arbeits- und Lohnbedingungen durchzuführen.

Verbandsnachrichten

Bekanntmachungen

Zentralvorstand

Betrifft Verbandsbeiträge

Im Laufe der letzten Wochen sind aus einigen Zahlstellen Anfragen an die Zentrale gestellt worden, ob sich die Verbandsbeiträge geändert haben. Hierzu ist bekanntzugeben, daß eine Wochenbeitragsänderung nur durch den Verbandstag vorgenommen werden kann. Die Beiträge richten sich nach wie vor nach dem in der Zahlstelle üblichen Tariflohn. In der nächsten Nummer des „Zimmerer“ wird noch ein besonderer Artikel die Beitragsfrage behandeln.

Der Zentralvorstand.

Unsere Lohnbewegungen

Eine Lohnbewegung der RGO. Arm in Arm mit den Nazis

Recht interessante Aufschlüsse über eine Einheitsbewegung waren in den letzten Wochen aus Anlaß des Ablaufs der Löhne im Baugewerbe an der Bahnbaustelle Hattingen-Tuttlingen zu beobachten. Vom 27. bis 29. April 1932 fanden in Stuttgart vor dem Sonder-schlichter Dr. Kimmich Lohnverhandlungen für den Bezirk Württemberg statt, als deren Ergebnis mit den Stim-men der Unternehmer und des Sonder-schlichters ein Lohnabbau von 20 % diktiert wurde. Gegen diesen Spruch haben die Gewerkschaften einstimmig protestiert,

Drei Pfeile seien dein Begleiter, Eiserne Front, marschiere weiter!

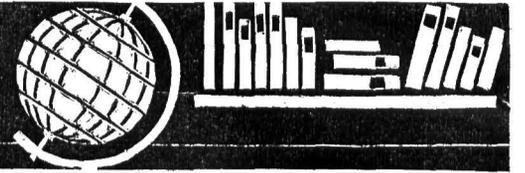
Zahlstellenberichte

Magdeburg. Am 10. Juli fand unsere Zahlstellenversammlung statt. Die Ehrung des im letzten Quartal verstorbenen Kameraden erfolgte in der üblichen Weise. Kamerad Köhlert erstattete den Geschäfts- und Kassenbericht und führte aus, daß die erhoffte Belebung des Baumarktes auch im 2. Quartal nicht eingetreten sei. Die vom deutschen Herrenklub eingesetzte und von Hitler unterstützte Papen-Regierung denkt gar nicht daran, das Heer der Erwerbslosen zu Tariflöhnen in Arbeit zu bringen. Hauptaufgabe dieser „national konzentrierten“ Regierung ist es, für die 17- bis 25jährigen Arbeiter durch organisierte Zusammenfassung nach militärischem Muster die Arbeitsdienstpflicht einzuführen. Der Einfluß der Gewerkschaften soll beseitigt werden und Angebot und Nachfrage soll die Lohnhöhe bestimmen. — Zu den finanziellen Maßnahmen des Verbandes wurde ausgeführt, daß infolge der geringen Abnahme der Arbeitslosenziffern von 81 % im 1. Quartal auf 76,6 % im 2. Quartal die Einnahmen aus den ordentlichen Beiträgen nur wenig gestiegen seien. Wenn schon mitten im Sommer die einkommenden zentralen Beiträge am Orte zur Unterstützungsauszahlung nicht ausreichen und Zuschüsse von der Zentrale notwendig sind, kann man die Maßnahmen der Zentralinstanzen bezüglich Kürzung der Invaliden-, Sterbe- und Gemäßregeltenunterstützung verstehen. Die wirtschaftliche Not bedingt erst recht, den Verband zu stärken. Das wird uns nur gelingen, wenn wir alle Zersplitterungsversuche mit der größten Entschiedenheit zurückweisen. In der Diskussion wurde die Arbeitsdienstpflicht, dessen Vorbote der freiwillige Arbeitsdienst ist, einer scharfen Kritik unterzogen. Allgemeine Verurteilung erfuhr die Handlungsweise eines der KPD. angehörenden Bezirksleiters, der im Interesse seiner Partei einen Aufruf derselben im Namen der Zahlstelle unterzeichnete. Unzweideutig wurde diesem Einheitsfrontler der KPD., der sich als Gegner der Eisernen Front bekannte, klargemacht, daß er als Funktionär des Verbandes nach gewerkschaftlichen Grundsätzen zu handeln habe. Den Bericht über die Kassenrevision erstattete Kamerad Hellge. Der Antrag, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, wurde einstimmig angenommen. Des weiteren wurde mit allen gegen 3 Stimmen eine Resolution angenommen, wonach die Arbeiterschaft aufgefordert wird, sich einzureihen in die einzige Abwehrfront gegen den Faschismus, in die Eiserner Front. Nach Beratung einiger örtlicher Angelegenheiten wurden die Kameraden aufgefordert, mitzuhelfen, damit auch der letzte Mann zur Wahlurne schreitet, um durch richtige Anwendung des Stimmzettels der Reaktion eine schallende Ohrfeige zu versetzen. Der Vorsitzende schloß mit dem sozialistischen Kampfesgruß „Freiheit“ die Versammlung.

Obernigk. In unserer Mitgliederversammlung am 10. Juli referierte Gau-leiter Kamerad Schmidt über Lohngestaltung ohne Tarifvertrag. Aus den Ausführungen erkannten die Kameraden sehr deutlich, daß nur durch straffes Zusammenhalten im Verband die Möglichkeit besteht, dem Ansturm der Reaktion und des Unternehmertums entgegenzutreten. Der Kassenbericht zeigte, daß trotz größter Sparsamkeit und Erhebung von 5 M pro Freimarke die Ausgaben durch die Einnahmen nicht gedeckt werden konnten. Durch die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrages ab 1. Juni besteht ein klagbares Recht auf den Tariflohn. Den Bemühungen eines Nazi-Arbeitgebers, unsere Notlage ausnutzen zu wollen als Stimmvieh für die NSDAP., werden wir dadurch entgegnet, daß er keinen Zimmerer finden wird, der sich trotz der Notlage zum Verräter an sich selbst und der gesamten organisierten Arbeiterschaft hergeben wird. Die Kameraden und Jungkameraden, die dort gearbeitet haben, haben es schon genügend erfahren, wie es ohne unsern ge-

(Fortsetzung auf Seite 239.)

UNTERHALTUNG WISSEN



Zur Geschichte des Wählens

Es vergeht kaum eine Woche, in der man nicht von Wahlen, von Volksbegehren oder von einem Volksentscheid in irgendeinem Ländchen in der Presse liest. Wir sind schon so daran gewöhnt, von unserm Staatsbürgerrecht Gebrauch zu machen, daß uns gar nichts mehr besonderes dabei einfällt, wenn wir zur Wahlurne schreiten, um unsere Stimme abzugeben. Wir, die wir frei und ungehindert an dem politischen Geschehen tätigen Anteil nehmen dürfen, vergessen nur allzu leicht, welche schwere Kämpfe im Laufe einer langen Entwicklung ausgefochten werden mußten, bis diese „Selbstverständlichkeit“ erstritten war.

Jetzt naht die Reichstagswahl, wieder dürfen wir zur Wahlurne gehen und das höchste Recht eines Volkes, das Wahlrecht, ausüben. Ein Blick auf die geschichtliche Entwicklung des Wählens erscheint angebracht.

Schon Solon, der griechische Staatsmann und Dichter, der 640 vor Christi geboren wurde, schuf für seine Vaterstadt Athen eine neue Verfassung, die als Vorstufe der Demokratie bezeichnet werden kann. Er war wohl der erste Staatsmann, der das Volk zu selbständiger, lebendiger Teilnahme am Staate zu erziehen versuchte. Er wollte durch seine Verfassung die Kluft zwischen Adel und Volk überbrücken, die Anmaßung des Adels hemmen und die Entwürdigung des Volkes beseitigen. Solon war für die Beseitigung der Standesvorrechte und verfügte eine „nach den Leistungen abgestufte Beteiligung aller Staatsbürger an der Regierung“. Solons Staatsauffassung war also keine rein demokratische, war eine mehr timokratische. Aber selbst diese Staatsauffassung bedeutete in der damaligen rein autokratischen Herrschaft der Willkür einer dünnen Adelschicht der erste Schritt zur demokratischen Gestaltung. Das erste Wahlrecht für die freien Staatsbürger vor 2600 Jahren, von welchem Recht die Sklaven ausgeschlossen waren, war noch ein richtiges Klassenwahlrecht, da in vier Klassen gewählt wurde. Es war in wenigem nur von dem preußischen Dreiklassenwahlrecht bis zum Kriegsende 1918 unterschieden, von welchem Wahlrecht selbst der konservative Bismarck sagte, daß es das elendste aller Wahlsysteme sei.

In der Volksversammlung vor über 2600 Jahren gab es noch eine Reihe von drakonischen Strafen für solche Abgeordnete, die ihre höchste Pflicht, im Interesse des Volkes zu wirken, vernachlässigten. Fehlen bei wichtigen Entscheidungen wurde mit schweren Geldstrafen, ja in besonders schweren Fällen mit dem Tode geahndet. Wir sehen, das Hauptmerkmal der Solonschen Verfassung ist die Festlegung des Klassenstaates, beide Klassen, die Besitzenden sowohl als auch die Ausgebeuteten, erhalten einen bestimmten Anteil an der Macht. Der Todeskeim dieser Auffassung liegt in der Tatsache begründet, die sich im langen Lauf der Geschichte immer klarer herauskristallisiert hat, in der Tatsache nämlich, daß man nicht zugleich die Rechte der Ausbeuter und die der Ausgebeuteten vertreten kann!

Die Geschichte der Parlamente aller Staaten hat erwiesen, daß nur ein gleiches, allgemeines, direktes und geheimes Wahlrecht Staaten vor allzu schweren Erschütterungen bewahren kann.

Zuerst hat dies England erkannt, das durch die Revolution Cromwells im Jahre 1647 sich die erste neuzeitliche demokratische Volksvertretung schuf.

Island kann sich rühmen, in seinem „Althing“ das älteste der Parlamente zu besitzen und hat in diesem Jahr das tausendjährige Bestehen seines demokratisch erwählten Parlaments gefeiert.

Du mußt



sozialdemokratisch wählen weil Du Arbeiter bist!

England kann sich auch rühmen, den ersten Soldatenrat besessen zu haben. Dieser erste Soldatenrat erließ in den Revolutionstagen des Jahres 1647, am 29. Oktober, den ersten Entwurf eines allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts.

Die geheime Abstimmung brachte erst die französische Revolution, während in England noch bis zum Jahre 1872 die Stimme mündlich zu Protokoll abgegeben wurde.

Die ersten offiziellen Stimzetteln im vorgeschriebenen Format wurden erst 1849 in Frankreich und in Deutschland 1869 eingeführt.

Der nordamerikanische Staat Wyoming kann sich rühmen, als erster Staat der Welt bereits 1869 das Recht der Frau zum Wählen beschlossen zu haben.

Die bei uns durch die Revolution von 1918 eingeführte Listenwahl hat bereits im Jahre 1854 Lord Russel im englischen Unterhaus empfohlen. England selbst aber hat bis auf den heutigen Tag diesen Rat nicht befolgt.

Die Listenwahl zuerst in Deutschland eingeführt zu haben gebührt Württemberg, das bereits einige Jahre vor dem Kriege neben den 70 Bezirksabgeordneten der einzelnen Oberämter durch Schwarzwald- und Donaukreis 9, durch Neckar- und Jagstkreis 8 und durch die „gute Stadt Stuttgart“ 4 Abgeordnete nach der großen Verfassungsreform in den Württembergischen Landtag durch das Proporzwahlsystem delegierte.

Unsere demokratischen Verfassungen unterliegen — offen zugegeben — Erschütterungen, weil zeitweise nicht alle Wünsche auf Grund wirtschaftlicher Schwierigkeiten erfüllt werden können. Gerade jetzt leben wir wieder in einer Zeit, in der die wirtschaftliche Not weite Kreise dazu treibt, demokratischen Auffassungen mit Mißtrauen gegenüberzutreten. Eine große Masse politisch ungeschulter Wähler ist in ihrer Verzweiflung gewillt, den lauten Versprechungen politischer Schreier ein williges Ohr zu leihen. Noch schwebt die Demokratie

allzusehr im geistigen Raum. Erst eine demokratische Staatsauffassung, bei der sich zur geistigen Freiheit die wirtschaftliche Unabhängigkeit aller gesellt, wird unerschütterlich allen monarchistischen und despotischen Anfechtungen die Spitze bieten können! Eine solche Demokratie läßt sich jedoch nur durch den sozialistischen Staat verwirklichen!

S. F.

Frauen, her zur Eisernen Front!

Die Eisernen Front führt den Kampf um Freiheit und Recht!

In allen Kämpfen, die die Arbeiterschaft zu führen hatte, war unser Platz an der Seite der Männer. Das ist jetzt notwendiger denn je!

Die politische Freiheit, das höchste Gut eines Volkes, ist bedroht.

Politischer Terror und rohe Gewalttaten machen sich auf der Straße und im Versammlungsleben breit.

Deutschland hat eine Regierung der Grafen, Barone, der Militärs und Industriemänner. Sie wird von der Nazipartei toleriert.

Diese Regierung machte sehr schnell wahr, was sie angekündigt hatte.

Sie will nicht den „Wohlfahrtsstaat“, weil nach ihrer Meinung Unterstützungen an Arbeitslose und Sozialrentner, die diese vor dem Verhungern schützen sollen, „demoralisierend“ wirken.

Man nimmt der Arbeiterklasse ihr soziales Recht, auf das Verfassung und Leistung ein Anrecht geben.

Warum?

Weil dieses soziale Recht die Arbeiterschaft wirtschaftlich und moralisch für ihren Kampf gegen Kapitalismus und Reaktion stärkt und sie widerstandsfähiger in der Abwehr macht.

Die Regierung der Barone will mit der Unterstützung der Nazis unter ausdrücklicher Billigung des Herrn Hitler eine Armee von Sklaven züchten, die sich willenlos dem Unternehmertum in der Stadt und auf dem Lande ausliefert.

Das ist der Traum der Reaktion seit alter Zeit, den die Herren mit Hilfe der

Nazis jetzt wieder zu verwirklichen suchen.

Und die sogenannte „Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ sieht schmunzelnd zu! Sie hat ja den ersten Preis, die Reichstagsauflösung und die Unterstützung der Hitlerschen Privatarmee bereits in der Tasche.

Was kümmert sie die Unterstützungskürzung für die Rentner und Kriegsoffer, die Salzsteuer, die Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung?

Sie stampfen, angetan mit ihren Notverordnungsjacken, durch die Straßen.

Statt Arbeit und Brot, die sie Euch versprochen haben, terrorisieren sie jeden Andersdenkenden und bringen Deutschland immer tiefer ins Elend.

Merkt Ihr es jetzt, Ihr Frauen, um was es geht?

In der Demokratie liegt auch Eure politische Freiheit umschlossen.

Das Selbstbestimmungsrecht der arbeitenden Klasse bedeutet aber auch für die Zukunft: Arbeit und Brot, die kulturelle Gestaltung unseres Lebens, das Glück unserer Familie, die Zukunft unserer Kinder, unsere, der Frauen soziale und rechtliche Stellung im Staat und in der menschlichen Gesellschaft.

Ihr Hausfrauen und Mütter, Ihr berufstätigen Frauen! Um Euer Schicksal geht es!

Die soziale Entrechtung in der Erwerbslosenversicherung bedroht Euch als Hausfrauen und als Berufstätige!

Die generelle Schmälerung der Bezüge in der Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung zeigt, daß man die arbeitende Klasse mit Bettelpfennigen abspesen will. Aus dem Rechtsanspruch soll das Almosen werden.

Wo Gewalt und Terror die vorherrschenden Elemente des politischen Lebens werden, da ist kein Platz für die Beachtung menschlicher Würde!

Wir Frauen der Arbeiterklasse bilden von jeher eine Schicksalsgemeinschaft mit der modernen Arbeiterbewegung.

Wir Frauen protestieren gegen die Mordmethoden brauner Terrorbanditen.

Wir Frauen stellen uns an die Seite unserer Männer, weil uns das Solidaritätsgefühl mit der kämpfenden Arbeiterschaft beseelt.

Wir kämpfen gegen den Faschismus, für die Freiheit.

Wir kämpfen gegen den Kapitalismus, für den sozialistischen Staat aller arbeitenden Menschen.

Frauen, her zu uns!

Kämpft mit uns in den Reihen der Eisernen Front! Auf jede einzelne kommt es an.

Freiheit!

Frauenbüro der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Marie Juchacz.

Arbeiterinnensekretariat des ADGB.
Gertrud Hanna.

Für die Frauen des AFA-Bundes
Johanna Sajdakowski.

Frauenausschuß der Zentralkommission für Arbeitersport
Hilda Sucker.

EISERNE FRONT

IST

EINHEITSFRONT!

werkschaftlichen Schutz aussehen würde. Daß durch die Hitler-Notverordnung noch abseitsstehende und arbeitslose Kameraden allmählich erkennen, wohin sie gehören, bewies eine Neuaufnahme in der Versammlung. Jeder Kamerad wird dafür sorgen, daß sämtliche Zimmerer den Weg zu unserm Verband finden und ihren Mann als Kämpfer der Eisernen Front stellen werden. Freiheit!

Genossenschaftsbewegung

Bekämpfung der Konsumgenossenschaften — Gewerkschaften vor die Front

In dieser irrsinnigen Wirtschaftszeit, wo das immer noch herrschende kapitalistische Wirtschaftssystem seine totale Unfähigkeit zeigt, aus der von ihm herbeigeführten Wirrnis und dem Elend herauszukommen, wo Millionen von Arbeitslosen mit ihren Familien an der Hungergrenze stehen, Gehalts- und Lohnempfänger um 5 Milliarden Mark ihres Einkommens geschmälert sind und die so gesunkene Kaufkraft sich auf Mittelstand und Landwirtschaft verheerend auswirkt — in einer solchen Zeit tobt unter dem Demagogengeschrei der Nationalsozialisten der irreführende Mittelstand gegen die Konsumgenossenschaften als die Ursache ihres Wirtschaftsunglücks. Dem Programmruf: „Der Jude muß verbrannt werden!“ läuft parallel die Parole: „Die Konsumgenossenschaften müssen zerstört werden!“ Planmäßig werden von Einzelorganisationen des Handels, insbesondere des Kolonialwarenhandels, Forderungen an die Regierungen gerichtet, die bei ihrer Befolgung in der Tat zu den schwersten wirtschaftlichen Existenzkämpfen für Wirtschaftsorganisationen führen müßten, die den Wirtschaftsschutz der Verbraucher im allgemeinen und den Schutz des Reallohnes der Arbeiter, Angestellten und Beamten bedeuten. Man verlangt nicht mehr und weniger als:

1. Erklärung der Handelsorganisationen zu öffentlich-rechtlichen Körperschaften, die dann als Gutachterinstanzen über die Konsumgenossenschaften, ihre Entwicklung und Ausdehnung entscheidenden Einfluß bekommen würden.

2. Konzessionspflicht und Eignungserklärung zur Ausübung des Warenhandels, um zumtunmäßig den Zufluß zum Handel zu unterbinden, um dann Preisdiktate durchführen zu können.

3. Progressive Warenumsatzsteuer, Filialsteuern, Besteuerung des Rabatts der Mitglieder von Konsumgenossenschaften, um deren seitherige Leistungen herabzudrücken, mit dem Ziel, sie ganz unmöglich zu machen. Dies nur die größten Programmforderungen aus der Liste der sog. Mittelstandspolitik. Die organisierten Einzelhändler haben es nicht mehr und nicht weniger als auf die Zerschlagung der Konsumgenossenschaften abgesehen, um, zumtunmäßig organisiert, selbst eine Monopolstellung in der Preisbildung gegen den schutzlos gemachten Verbraucher einnehmen zu können!

Den Gewerkschaften vor allem, denen nicht nur die Sicherung des Reallohnes ihrer Mitglieder zur Aufgabe gestellt ist, sondern die nach dem neuen Programm für eine gesunde Planwirtschaft durch den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von neuem zur Förderung der Konsumgenossenschaften aufgerufen sind, fällt die weitere Aufgabe zu, die Erhaltung und Entwicklung der wirtschaftlichen Verbraucherorganisationen mit allen Mitteln sicherzustellen. Wie?!

1. Umsätze und Mitgliederzahlen müssen gesteigert werden!

2. Keine Mark Lohneinkommen, kein Pfennig Unterstützungsgelder für die Gegner der Konsumgenossenschaften!

3. Eiserne Wirtschaftsfrente gegen alle Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, die Konsumgenossenschaften aus der Warenversorgung auszuschalten und letzten Endes die Kaufkraft der minderbemittelten Bevölkerung durch die Willkürpreise noch weiter zu schwächen.

Die Zeichen der Zeit zeigen auf Sturm auch für die Konsumgenossenschaften. Der Wirtschaftssturm der Arbeiter, Angestellten und Beamten soll zerbrochen

Das Volk muß bluten! Die Barone notverordneten den rücksichtslosesten Sozialabbau, harte, neue Steuern und bedrohen unsere Freiheit. Im Zeichen der drei Pfeile muß jeder Gewerkschafter Schulter an Schulter mit allen Mitgliedern der Eisernen Front für die Freiheit kämpfen.

werden, um zu Arbeitslosigkeit, Gehalts- und Lohnabbau die Preiswillkür der Händler hinzuzufügen!

Im Kampf gegen diese wirtschaftlich und sozial verwerflichen Machenschaften müssen die Gewerkschaften aus ureigenstem Interesse Führer im Abwehrkampf sein, um am 31. Juli mit allen Volksfeinden abzurechnen.

Sozialpolitisches

Verlängerung der Wahlzeit in der Sozialversicherung

Die Notverordnung vom Dezember 1931 (Reichsgesetzblatt Nummer 79, Teil I, Seite 727) ermächtigte die Reichsregierung, die Dauer der ehrenamtlichen Tätigkeit der Personen, die nach den Vorschriften des Betriebsrätegesetzes, der Reichsversicherungsordnung, des Angestelltenversicherungsgesetzes, des Reichsknappschaffengesetzes und des Schwerbeschädigtengesetzes gewählt sind, bis zu einem Jahr zu verlängern. Für die Betriebsvertretungen ist bereits durch Verordnung vom 14. Dezember 1931 (RGBl. I, Seite 753) die Amtsdauer um ein Jahr verlängert worden.

Durch Verordnung vom 25. Juni 1932 (RGBl. Teil I, Nummer 40, Seite 340) wird nunmehr bestimmt:

„Die Amtsdauer der Personen, die nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung, des Angestelltenversicherungsgesetzes und des Reichsknappschaffengesetzes in ein Ehrenamt gewählt sind und deren Amtsdauer spätestens mit dem Ende des Kalenderjahres 1932 durch Ablauf der Wahlzeit enden würde, verlängert sich um ein halbes Jahr.“

Soweit solche Wahlen im Jahre 1932 vor Verkündung dieser Verordnung stattgefunden haben, bleibt ihre Wirksamkeit unberührt, die Wahlzeit der neu gewählten Vertreter endet jedoch zum gleichen Zeitpunkt wie die Amtsdauer der Personen, deren Wahlzeit durch die neue Verordnung bis 30. Juni 1933 verlängert worden ist. Ursprünglich war beabsichtigt, die sozialen Wahlen um ein Jahr hinauszuschieben. Die neue Reichsregierung scheint aber der Ansicht zu sein, bereits bis zum Frühjahr nächsten Jahres mit den geplanten organisatorischen Änderungen in den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung so weit fertig zu sein, daß schon am 1. Juli 1933 die neu gewählten Vertreter ihre Tätigkeit beginnen können. Die Wahlen selbst dürften im Mai nächsten Jahres stattfinden.

Arbeiterversicherung

Kampf gegen Rentenkürzungen

Die Notverordnung vom 14. Juni 1932 hat mit ihren harten Rentenkürzungen außerordentlich verbitternd auf die Rentenbezieher gewirkt. Die Kürzungen wurden teilweise noch verschärft durch ungünstige Auslegungen der Versicherungsträger. So ist den weiblichen Rentenbeziehern, die auf Grund der früheren günstigeren Bestimmungen neben einer Invalidenrente aus eigener Versicherung als Zusatzrente die halbe Witwenrente aus der Versicherung des Ehegatten beziehen oder umgekehrt, ein Betrag von 11 M im Monat abgezogen worden. Die Rechtsabteilung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat wegen dieser ihrer Ansicht nach falschen Auslegung der Bestimmungen der Notverordnung das Reichsversicherungsamt angerufen und um eine grundsätzliche Entscheidung darüber gebeten. Das ist nach den gesetzlichen Bestimmungen zulässig, weil das Reichsversicherungsamt Aufsichtsbehörde ist, obwohl sonst der Rechtsweg für diese Kürzungen ausdrücklich ausgeschlossen ist. Die

grundsätzliche Entscheidung in einem Einzelfalle gilt auch für die andern Fälle. Bei einem günstigen Ausgang müssen alle zu viel abgezogenen Beträge nachgezahlt werden. Weitere gleiche Streitigkeiten an das Reichsversicherungsamt zu bringen ist deshalb überflüssig.

Auslegungstreitigkeiten ergeben sich ferner in den Fällen, wo Rentenbeträge bereits auf Grund der Bestimmungen der §§ 1311 ff. RVO. ruhen. Auch deswegen ist von der Rechtsabteilung das Reichsversicherungsamt bereits in einem Falle um eine grundsätzliche Entscheidung gebeten worden, wo die Landesversicherungsanstalt rein schematisch die neuen Bestimmungen in Anwendung gebracht hat ohne Berücksichtigung der bereits angewandten Ruhensbestimmungen. Es ruhten bereits 60 % des Grundbetrages der Invalidenrente nach § 1311 RVO., weil die Invalidität als Folge eines entschädigungspflichtigen Betriebsunfalles angesehen worden ist, außerdem ein sehr erheblicher Teil der eigentlich zustehenden Invalidenrente gemäß § 1311 a RVO., weil der in Betracht kommende Jahresarbeitsverdienst — es handelt sich um einen landwirtschaftlichen Arbeiter, bei dem der Jahresverdienst sehr niedrig ist — überschritten wird. Der Mann hat acht minderjährige Kinder. Obwohl nach § 1311 a RVO. von der Invalidenrente einschließlich der acht Kinderzuschläge in diesem Falle mehr als 70 M im Monat ruhen, hatte die Landesversicherungsanstalt auf Grund der Vierten Notverordnung vom 8. Dezember 1931 eine weitere Kürzung um 3 M verfügt. Dagegen schwebt noch eine Beschwerde beim Reichsversicherungsamt. Die Landesversicherungsanstalt hat weiter auch die neue Verordnung in diesem Falle rücksichtslos in Anwendung gebracht, indem die Rente abermals um 6 M im Monat gekürzt wurde. Auch dagegen hat die Rechtsabteilung des ADGB. Beschwerde beim Reichsversicherungsamt als Aufsichtsbehörde eingelegt.

Weitere Zweifelsfälle ergeben sich, wenn jemand nur einen Teil der Rente erhält, weil er Bezüge auf Grund eines versicherungsfreien Beschäftigungsverhältnisses bezieht und deshalb nur einen Teil der Invalidenrente im Verhältnis zu den freiwillig geleisteten Beiträgen bekommt. Auch hier ist der Standpunkt zu vertreten, daß der Abzug von 6 M nur für die ganze Invalidenrente gelten kann und eine Kürzung solcher Bezüge höchstens nur anteilmäßig zulässig ist.

Das sind nur einige wenige Fälle von Schwierigkeiten bei der Auslegung der Notverordnung. Weitere Zweifel entstehen hauptsächlich bei den Rentenbeziehern, die eine Unfallrente neben einer Invalidenrente beziehen, namentlich über die Frage: Kann eine Kürzung der Unfallrente neben der Kürzung der Invalidenrente erfolgen und in welcher Höhe?

Es empfiehlt sich, zweifelhafte Fälle der Rechtsabteilung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu überweisen, damit in geeigneten Fällen das Reichsversicherungsamt um eine grundsätzliche Entscheidung gebeten werden kann.

Arbeitsrechtliches

Fünf Jahre Arbeitsgerichtsgesetz

Die ersten Anfänge einer besonderen Arbeitsgerichtsbarkeit reichen bis in das Mittelalter zurück. Die Innungsschiedsgerichte des Handwerks, die auf Grund der Reichsgewerbeordnung bis zum Inkrafttreten der Arbeitsgerichte bestanden haben, dürften als die letzten Ausläufer jener ersten Sondergerichte aus dem Zeitalter der Zünfte anzusehen sein.

Mit der aufkommenden Industrialisierung wurden auf dem Gebiet des Arbeitsrechts, des gesetzlichen Schutzes der Arbeitskraft und des Entgelts für den Ar-

beitnehmer im vorigen Jahrhundert schon verschiedentlich Ansätze zu einer Sondergerichtsbarkeit geschaffen. So wurde in Preußen im Jahre 1845 den Gemeinden allgemeines Recht zur Bildung paritätischer Schiedsgerichte für Streitigkeiten zwischen Gewerbetreibenden und ihren Arbeitern verliehen, eine Einrichtung, die später durch die Gewerbeordnung von 1869 auf das ganze Reich ausgedehnt werden konnte. Eine wirkliche Sondergerichtsbarkeit für Arbeitsstreitigkeiten brachten das Gewerbegerichtsgesetz vom Jahre 1890 und das Kaufmannsgerichtsgesetz von 1904.

Die Staatsumwälzung von 1918 hat im Rahmen einer neuen Verfassung auch für die schaffenden Volkskräfte einen neuen Rechtsboden geschaffen. Der Artikel 157 der Verfassung von Weimar bestimmt, daß die Arbeitskraft unter dem besonderen Schutz des Reiches steht. Das Reich schafft ein einheitliches Arbeitsrecht. Diese Bestimmung in der Reichsverfassung bildet den Grundstock für die neue Gesetzgebungsform auf arbeitsrechtlichem Gebiet.

Viele alte Einrichtungen mußte der neue Staat beseitigen, um den Programmsatz der Reichsverfassung zu verwirklichen. Im besonderen waren es da die Gewerkschaften und die politische Interessenvertretung der Arbeiterklasse, die Sozialdemokratische Partei, die durch ihren Einfluß auf die Gesetzgebung das Gerümpel der wilhelminischen Zeit beseitigten und an seine Stelle Neues, Vollkommeneres stellten. Das Privileg der Innungen allein, ohne Einfluß der Arbeitnehmerschaft über Wohl und Wehe des beruflichen Nachwuchses zu entscheiden, wurde beseitigt. Die übrigen Schieds-, Gewerbe- und Kaufmannsgerichte stellten mit Inkrafttreten des neu geschaffenen einheitlichen Arbeitsgerichtsgesetzes ihre Tätigkeit ein.

Der Reichstag hat das Arbeitsgerichtsgesetz am 23. Dezember 1926 verabschiedet. Das Gesetz ist, soweit es sich um die Uebergangsbestimmungen von der früheren Arbeitsgerichtsbarkeit handelte, mit dem Tage der Verkündung in Kraft getreten. Im übrigen trat das Arbeitsgerichtsgesetz in seinem vollen Umfang mit dem 1. Juli 1927 in Kraft. Wir können also in diesem Monat auf eine fünfjährige Tätigkeit der Arbeitsgerichtsbehörden zurückblicken. Wir haben schon sehr oft an dieser Stelle die Einrichtungen der Arbeitsgerichtsbehörden besprochen und unsere Anerkennung darüber zum Ausdruck gebracht.

Es ist gerade in diesen Tagen, wo die Sozialreaktion drohend ihr Haupt erhebt und der soziale Abbau Mode geworden ist, durchaus angebracht, einen kurzen Blick auf das fünfjährige Bestehen der Gerichte zu werfen, die einer einheitlichen Rechtssprechung in Deutschland Bahn gebrochen haben. Es sind heute in Deutschland politische und soziale Errungenschaften, die sich die Arbeiterschaft nach jahrzehntelangem Kampf geschaffen hat, ernstlich bedroht. Täuschen wir uns deshalb nicht, wenn die Herrschaften, die zur Zeit, gestützt auf die Regierung der Hitlerbarone, systematisch das Fundament der Gewerkschaften unterwühlen, es durchsetzen könnten, eines Tages die Arbeitsrechtsentwicklung abzubrechen und sie wieder in die monarchistische Zeit zurückschlagen würden. Die großen politischen und sozialen Hoffnungen dieser reaktionären Gesellschaft bestehen ja gerade darin, daß es in der Geschichte immer wieder Rückschläge der gesellschaftlichen Entwicklung gegeben hat. Ihr starker Helfer ist die Vergeßlichkeit der Menschen. Die bekannte Zeitschrift des Deutschen Arbeitgeberverbandes „Der Arbeitgeber“, hat schon vor Schaffung des Arbeitsgerichtsgesetzes von einem Todesurteil für die objektive Rechtssprechung durch die Sonderbehandlung der Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis gesprochen. Die Arbeitgeber wollten keine Sonderstellung für Regelung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis, sondern, wenn solche entstehen, sollten sie von den ordentlichen Gerichten ausgetragen werden. Jeder kennt die Gründe für die Liebe der Unternehmer zu den ordentlichen Gerichten. Das langsame, teure und formale juristische Verfahren würde aber dem um sein

Recht kämpfenden Arbeiter die größten Schwierigkeiten bereiten. Der größte Teil der Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis würde unerledigt bleiben, da die Kosten für das Verfahren die Ursache wären, nicht vor den Gerichten das Recht austragen zu können. Leider betrachten viele Arbeitnehmer es als eine Selbstverständlichkeit, daß diese Gesetze geschaffen wurden und wollen nicht erkennen, daß es nur die Arbeiterorganisationen waren, die ihre ganze Kraft dafür einsetzten.

Bei aller Kritik an manchen Urteilen des Reichsarbeitsgerichts, die als grundsätzliche Auslegungen in Frage kommen, steht jedoch die Tatsache fest, daß sich die Tätigkeit der Arbeitsgerichte im Laufe der letzten fünf Jahre zum Segen der Arbeitnehmerschaft ausgewirkt hat. Die in die Hunderttausende gehenden Streitfälle sowie die gewaltigen Summen, die Jahr für Jahr von den Gewerkschaftsorganisationen für ihre Mitglieder durch die Arbeitsgerichte herausgeholt werden, sprechen eine beredete Sprache.

Durch die Schaffung des Arbeitsgerichtsgesetzes war es erstmalig möglich, auch im Berufungsverfahren sich durch einen Beauftragten der Organisation vertreten zu lassen. Weiter ist es möglich, in verhältnismäßig kurzer Zeit und ohne große Kosten dem Kläger zu seinem Recht durch die Arbeitsgerichte zu verhelfen. Die Sicherung des Rechts der Arbeit wird auch noch auf einem indirekten Weg herbeigeführt. So mancher Arbeitgeber hat vor den Arbeitsgerichten doch etwas gelernt und ist durch Schaden klug geworden. Auch das wirkt sich im Laufe der Zeit erfolgreich für die Arbeitnehmerschaft aus.

Um das Arbeitsgerichtsgesetz in seiner heutigen Form zu erhalten, die höchst richterliche Rechtsprechung aber auch in allen Fragen objektiv zu gestalten, ist es notwendig, daß wir im kommenden Reichstag unsern Einfluß wieder so gestalten, wie er bei Abschluß des Gesetzes Geltung hatte. Um der Erhaltung dieses Fortschritts auf dem großen Gebiete des Arbeitsrechts willen muß jeder Kamerad dafür sorgen, daß die Sozialdemokratie als die politische Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft wieder die Gesetzgebung des Reichstags so beeinflussen kann, zum weiteren Ausbau der arbeitsrechtlichen und sozialen Errungenschaften.

Politische Wochenschau

Neue Notverordnungen der Papenheimer Regierung — Wo sitzen die Bonzen — Bestialische Bluttaten der Nazis — Wo Nazis regieren, soll die Arbeiterbewegung vernichtet werden — Protest der Sozialdemokratie gegen die Politik der Reichsregierung — Rundfunk völlig unter Einfluß der Baronsregierung — Allgemeines Demonstrationsverbot.

Nach Rückkehr des Reichskanzlers von Papen und des stockreaktionären Reichsinnenministers Freiherrn von Gayl aus Neudeck, wo sie dem Reichspräsidenten über die außenpolitische Lage berichteten, wurde vom Reichskabinet eine neue Notverordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst erlassen. Ihr Gegenstand und ihr Zweck werden in der Einleitung deutlich mit den folgenden Worten gekennzeichnet. „Der freiwillige Arbeitsdienst gibt den jungen Deutschen die Gelegenheit, zum Nutzen der Gesamtheit im gemeinsamen Dienste freiwillig (! D. Red.) ernste Arbeit zu leisten und sich zugleich körperlich und geistig-sittlich zu ertüchtigen.“

Für diesen Zweck werden 75 Millionen zur Verfügung gestellt. Die „geistig-sittliche“ Ertüchtigung soll aber zur Versklavung und Entrechtung der jungen Arbeiterschaft führen. Mit der Verordnung verbindet die Reichsregierung eine Erklärung, „wodurch sie dem Arbeitsdienst eine neue Verfassung gegeben habe. Sie behält sich vor, diese entwicklungsfähige und förderungswürdige Einrichtung unter Berücksichtigung der kommenden Erfahrungen weiter auszubauen.“ Das offene Bekenntnis der Re-

gierungsmitglieder zu der von den Nazis propagierten Arbeitsdienstpflicht ist bekannt. Deshalb bedeutet die neue Notverordnung eine Vorarbeit zur Errichtung des Arbeitszuchthauses. Kameraden, das müssen wir durch die Wahl am 31. Juli verhindern. Wählt Liste 1, Sozialdemokratie.

Die NSDAP. hat neuerdings das bekannte Münchener Hotel „Reichsadler“ mit seinen 120 Zimmern gemietet, weil das erst vor kurzem gekaufte und mehrmals erweiterte Braune Haus nicht ausreicht, um die Bürokratie der Nazi-Partei unterzubringen. Das Heer der Nazibonzen wächst eben derart, daß selbst Hitler kaum mehr weiß, wie er ihm Platz schaffen soll. Und all diese Nazibonzen und -bönzchen warten nur darauf, daß ihre Partei in die Macht kommt, damit das Parteibuchbeamtentum abgeschafft wird, besser, damit sie sich an die Futterkrippe des Staates drängen können. Die Arbeiter werden ihnen einen Strich durch die Rechnung machen!

Die Mordtaten der Nazi-Bestien nehmen immer größere Formen an. In der letzten Woche allein, wurden über dreißig Arbeiter, Kameraden und Genossen, von dem nationalsozialistischen Mordgesindel erschlagen. Ueberall im ganzen Reich kam es zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern der eisernen Front und den Hitlerschen Mörderbanden. An mehreren Orten wurden von der SA. die Gewerkschaftshäuser gestürmt und die Einrichtungen zertrümmert. Um ihr Ziel zu erreichen, bedienten sie sich aller erdenklichen Mordwerkzeuge. Bei ihren Mordtaten feiern die Nazis regelrechte Orgien. So wurde ein ermordeter Reichsbannermann in Trier, wie die ärztliche Untersuchung und Zeugenaussagen ergeben haben, förmlich abgeschlachtet. Außer Schlagverletzungen hat er nicht weniger als fünf Schüsse erhalten. Als er bereits schwer verletzt am Boden lag, schoß eine der vertierten Unterweltbestien dem völlig Wehlosen mit aufgesetzter Pistole noch in den Leib. Auch ein Halsschuß ist aus nächster Nähe auf den am Boden liegenden Reichsbannerkameraden abgefeuert worden. Neben den vielen Toten wurden noch Hunderte von Arbeitern, die um ihre Freiheit kämpften, schwer verletzt. Das haben wir dem „neuen Kurs“ der Reichsregierung zu verdanken. Für uns heißt es am 31. Juli, gründlich mit diesem Gesindel abzurechnen.

In den von Nationalsozialisten regierten Ländern Braunschweig, Anhalt, Mecklenburg und Oldenburg unternehmen die Naziminister alles, um die Eisernen Front und die sozialdemokratische Presse zu unterdrücken. In Braunschweig und Anhalt sind Kundgebungen der Eisernen Front verboten worden. Der Naziminister Klages erließ das Verbot mit der Begründung, er könne nur Aufmärsche von militärischen Verbänden zulassen. Die Eisernen Front hat sich darauf sofort umgestellt. Sie ist am 14. Juli, militärisch durchorganisiert, aufmarschiert. Das Anhalter Staatsministerium hat außer dem Verbot einer Kundgebung der Eisernen Front alle sozialdemokratischen Zeitungen in Anhalt für zehn Tage verboten. Die Verbotgründe sind rein parteipolitischen Charakters. So sieht die „Befreiung“ Deutschlands durch die Handlanger des Kapitals aus. Jeder Kamerad muß dazu beitragen, daß am

kommenden Wahltag den Kapitalknechten die verdiente Abrechnung zuteil wird.

Die Führer der Sozialdemokratie, Otto Wels und Rudolf Breitscheid, haben ein Telegramm an den Reichspräsidenten gerichtet, in dem schärfster Protest gegen die Politik der Reichsregierung erhoben wird, die innerhalb von sechs Wochen bürgerkriegsähnliche Zustände in ganz Deutschland ausgelöst habe. Das Telegramm stellt die offenkundige Begünstigung der verfassungsfeindlichen NSDAP. fest. Es sagt sodann, daß die sechswöchige Bilanz des neuen Kurses gekennzeichnet sei durch eine Herabdrückung der Existenzbedingungen für Millionen unter die Hungergrenze, durch eine Verwilderung der politischen Sitten und durch eine Erschütterung der Reichseinheit und jeder Staatsautorität. Otto Wels und Rudolf Breitscheid erklären, daß die Fortsetzung des bisherigen Kurses unabsehbare Gefahren für Reich und Volk heraufbeschwöre. Sie mahnen vor aller Welt in letzter Stunde zu grundsätzlicher Abkehr.

Nachdem die Reichsregierung bereits in den ersten Tagen ihres Amtes den Nationalsozialisten die Möglichkeit gegeben hat, in weitestgehendem Maße offene Hakenkreuzpropaganda durch den Rundfunk zu betreiben, nachdem des weiteren ein nationalsozialistischer Vortrag dem andern folgt, meist ohne in den Programmen schon aufgeführt zu sein, will die Papenregierung den Rundfunk völlig unter ihre Botmäßigkeit bringen und ihn damit anscheinend restlos der nationalistischen Propaganda überantworten. Durch die „Reform“ will man die Arbeiterschaft völlig als Mitwirkende ausschalten. Der Rundfunk soll nur noch der nationalen und kriegshetzerischen Propaganda dienen. Das können wir verhindern, wenn wir diese Uebernationalen und ihre Helfer durch die Wahl am 31. Juli aus den Regierungsgeschäften ausschalten.

Die Reichsregierung hat am 18. Juli ein allgemeines Demonstrationsverbot erlassen. Besonders die Terrorakte in Altona und andern Städten gaben hierzu die Veranlassung. Es hat sich gezeigt, daß die Aufhebung des SA.-Verbotes ein verhängnisvoller Fehler der Papenregierung gewesen ist. Alle Schuld an den Bluttaten trifft die Nazis, die mit ungekannter Frechheit die Arbeiter provozieren. Die Privatarmee Schücklgrubers gehört verboten.

Briefkasten der Redaktion

A. T., Magdeburg. Nach den Darlegungen im „Zimmerer“ Nr. 28, die wörtlich so wie das angegebene Beispiel aus der Verordnung zur Durchführung der Abgabe zur Arbeitslosenhilfe entnommen sind (veröffentlicht im Reichsarbeitsblatt Nr. 19, Aml. Teil I, Seite 127), ist Dir die Steuer zu Unrecht abgezogen worden. Zuständig für Reklamationen sind die Finanzämter.

Knallbach, Schweidnitz. Du schämst Dich wohl selbst, diese Ferkelleien mit Deinem Namen zu unterzeichnen. Ist das Dein deutscher Mut?

Sebnitz, G. H. 1. Der Grundbetrag ist durch die NV. vom 14. Juni 1932 von

168 M auf 84 M und der Kinderzuschuß von 120 M auf 90 M herabgesetzt worden. 2. Das bleibt so lange, bis wir nicht den reaktionären Einfluß beseitigen. 3. Für die Arbeiterklasse kann es doch nichts anderes geben, als sozialdemokratisch zu wählen.

Literarisches

„Liebe und Leben“, die Zeitschrift für Geburtenregelung und Sexualreform, herausgegeben von der „Liga für Mutterschutz und soziale Familienhygiene e. V.“, Bund für bewußte Geburtenregelung“, Berlin O 2, Breite Straße 7, hat den Vorteil, daß sie verhältnismäßig billig ist: das Einzelheft kostet 25 S, der Quartalspreis 55 S. Zu beziehen durch Buchhandel und Post sowie durch den Verlag der Liga für Mutterschutz e. V., Berlin O 2, Breite Straße 7.

Das Bauwerk. Fachblatt des Deutschen Bauwerksbundes. Verlag: N. Bernhard, Berlin SW 68, Friedrichstraße 5/6. Es ist eine wirklich anregende Schrift, die der Deutsche Bauwerksbund herausgibt. Man muß schon sagen, der Verlag erwirbt sich dadurch eine Reihe von Freunden in den Kreisen der organisierten bauwirtschaftlichen Arbeiter. Eine Fülle von Anregungen enthält jede Nummer. Wir wünschen der Zeitschrift weitestgehende Verbreitung.

Besonders gut gelungen ist diesmal die Monatszeitschrift der Büchergilde Gutenberg. Das Juli-Heft wurde aus Anlaß des Erscheinens eines Schweizer Romans „Therese Etienne“ von John Knittel den Schweizer Gildenfreunden gewidmet. Die Monatszeitschrift „Die Büchergilde“ erhalten die Mitglieder dieser Gemeinschaft jeden Monat kostenfrei zugestellt.

„Lest den „Volksfunk“! Der „Volksfunk“ mit ausführlichem Europa-Programm, Vorschau, Rückschau, Einführungen, kleinen Sendungen, medizinischem Ratgeber sowie Küchenzettel und noch vielem anderen kann für monatlich 96 S bei jeder Postanstalt oder Buchhandlung bestellt werden. Kostenlose Probehefte fordert man vom „Volksfunk“-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Die Meuterei auf der „Elsinore“. Die Büchergilde Gutenberg, die eine große Volksausgabe der Werke Jack Londons für ihre Mitglieder herausgibt, hat jetzt den 27. Jack-London-Band erscheinen lassen. Das Kernstück des neuen Buches ist eine Umsetzung des gefürchteten Cap Horn, und diese Schreckensfahrt wird mit allen guten Mitteln der Erzählungskunst eines Jack London dargestellt. Infolge der unerhörten Anstrengung der Mannschaft und der Anstrengung des ersten Schiffsoffiziers bricht eine Meuterei auf der „Elsinore“ aus, die durch Hunger und List wieder niedergeschlagen wird. — Die Jack-London-Bücher der Büchergilde Gutenberg sind geschmackvoll in Leinen gebunden und werden zum Preise von 2,70 M an die Mitglieder dieser Gemeinschaft werktätiger Buchleser abgegeben.

Anzeigen

Sterbetafel

- Breslau.** Am 7. Juli starb unser Kamerad **Paul Hyronimus** im Alter von 23 Jahren infolge eines Unfalls.
- Dresden.** Am 8. Juli starb unser Kamerad **Eduard Bischoff** im Alter von 70 Jahren infolge Altersschwäche.
- Kiel.** Am 6. Juli starb unser Kamerad **Emil Bergmann** im Alter von 24 Jahren.
- Landshut.** Am 2. Juli starb unser Kamerad **Ignatz Huber** im Alter von 55 Jahren an Asthma.
- Leipzig.** Am 8. Juli starb unser Kamerad **Bruno Günther** im Alter von 70 Jahren infolge Schlaganfalls.
- Marienwerder.** Am 3. Juli verstarb unser Kamerad **Otto Weiß** im Alter von 24 Jahren infolge Lungenleidens.
- Niesky.** Am 9. Juli starb unser Kamerad **Paul Mitschke** im Alter von 54 Jahren infolge Herzschlags.
- Plauen.** Am 11. Juli starb unser Kamerad **Horst Merl** im Alter von 19 Jahren.
- Pritzwalk.** Am 24. Juni starb unser Kamerad **Rudolf May** im Alter von 40 Jahren infolge Magenoperation.
- Schivelbein.** Am 11. Juni starb unser Kamerad **Reinhold Ramm** im Alter von 57 Jahren.
- Tessin.** Am 12. Juli starb unser Kamerad **Fritz Zachow** im Alter von 71 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Louis Mosberg
Bielefeld 25
in Berufskleidung
und Werkzeugen
unübertroffen.
Ermäßigte Preisliste gratis.

Hobelbänke 60 RM.
2 m lang, Stahlspindel, komplett, Ia Qualität.
Blatt Ia gediegene Rotbuche, Garantie.

Werkzeuge
Abbildung und Preisliste gratis.
Karl Ramisch, Pirna a. d. Elbe.

Original-süddeutsche
Hobelbänke 65
RM.

Ia Qualität, 200 cm hintere Blattlänge, komplett mit Stahlspindeln, ab südd. Station. Garantie für jede Bank. Abbildungen u. Werkzeugkatalog gratis.

M. Walther
Dresden 23
Rehefelder Straße 53 a

Zimmerer-Hosen!

Echt schwarz, III-Draht-Leder, mit 12er Schuh- und Ledertaschen. Marke „Eisenfest“ 10,50 RM, Sorte 2: 7 RM, Sorte 3: 6 RM.
Echt Lindner Manchesterhosen
Alle Farben echt. Erste Sorte: 13,50 RM, Sorte 2: 10,50 RM, Sorte 3: 9 RM vers. nach Maß bei Bestellung von 20 RM porto- und spesenfrei ins Haus. — Preisliste frei.
Spezialfabrik für Berufskleidung
Emil Hohlfeldt
Dresden N, Ritterstraße 2

Ich helfe Dir

Gummi, Tropfen, Tee
Preisroschüre durch:
Wohlleben & Weber
G. m. b. H., Berlin W 30, Z 10

Kameraden!

Jede gelesene Nummer des „Zimmerer“ muß an Unorganisierte weiter gegeben werden! (F)